



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 4

April 1971

Editorial

S. 2

Israel

Woher bekam Israel das Geld für den Krieg?

S. 3 - 7

Namibia

Die gegenwärtige Situation unseres Kampfes

Presseerklärung von Sam Nujoma

Karte und Daten

S. 8 - 9

S. 9 - 14

S. 10 - 11

Angola

10 Jahre Kampf

S. 14 - 17

Ägypten

Die „Neue Revolution“ in der VAR

S. 18 - 24

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Hiltraud Geißel, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Karl Unger, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L., Liebigstraße 46 (Telefon 06421/24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

EDITORIAL

"Der Zusammenbruch des Kolonialsystems hat die Positionen des Imperialismus entscheidend geschwächt. Im letzten Jahrzehnt ist die Rolle der antiimperialistischen Bewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im revolutionären Weltprozeß weiter gewachsen."

Die Herausgeber des "Antiimperialistischen Informationsbulletins" teilen diese Einschätzung der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 in Moskau ebenso wie die Bestimmung der Hauptkräfte im antiimperialistischen Kampf:

"Im Kampf gegen den Imperialismus vereinigen sich drei mächtige Kräfte der Gegenwart: das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung." Diese drei Hauptkräfte haben trotz aller Schwierigkeiten das Kräfteverhältnis zunehmend zu ihren Gunsten verändern können und immer bessere Bedingungen für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker und Klassen geschaffen.

Der Imperialismus ist zwar außerstande, seine verlorene historische Initiative wiederzuerlangen, hat aber keineswegs an Gefährlichkeit verloren. Mit der Verschärfung seiner inneren Krisenhaftigkeit und des im Weltmaßstab bestehenden Grundwiderspruchs zwischen Imperialismus und Sozialismus geht gegenwärtig eine wachsende Aggressivität der imperialistischen Politik einher. Besonders deutlich manifestiert sich dies in der direkten Aggression der US-Imperialisten und ihrer Verbündeten gegen die nationalen Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

In dieser Situation soll das "Antiimperialistische Informationsbulletin" vor allem folgende Aufgaben wahrnehmen:

- den Kampf der antiimperialistischen Bewegungen der drei Kontinente in deren Selbstdarstellung dokumentieren;
- den verbrecherischen und klassenbedingten Charakter imperialistischer Politik - insbesondere der USA und der BRD - aufdecken;
- diesen Kampf als Teil des gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte ins all-

gemeine Bewußtsein rücken;

- die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen verstärken helfen, um damit auch einen Beitrag zum Kampf gegen die eigene herrschende Klasse zu leisten.

BESTELLUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto

für 12 " 15,-- DM einschließlich Porto

Einzelpreis : 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren pro Nummer 33% Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"

p.A. Barbara Schilling

355 Marburg/Lahn

Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto. Nr. 312 093,

PSchA Frankfurt/Main, Barbara Schilling,

Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Antiimperialistisches
Informationsbulletin **5/71**
bringt u.a.:

Jordanien

Interview mit einem Vertreter der Jordanischen Studentenunion

Indochina

Militärische Erfolge der Völker von Kambodscha, Laos und Vietnam im ersten Quartal 1971

Der Herausgeberkreis des "Antiimperialistischen Informationsbulletins", das Antiimperialistische Arbeitskomitee, ist erweitert worden. Seit März 1971 arbeitet Christel Streubel, Marburg, mit.

Redaktionsschluß für diese Nummer war der 1.4.1971

ISRAEL

Die folgende Untersuchung zur finanziellen Unterstützung Israels, besonders zur Zeit des Sieben-Tage-Krieges, durch die imperialistischen Großmächte arbeitet speziell den finanziellen Beitrag der westdeutschen Regierung zur israelischen Aggressionspolitik heraus. (Zur imperialistischen Expansion Israels in Afrika vgl. AIB 4/1970) Sie wurde vom Afro-Asiatischen Solidaritätskomitee, Berlin (DDR) erarbeitet und aus einer englischen Veröffentlichung rückübersetzt.

WOHER BEKAM ISRAEL DAS GELD FÜR DEN KRIEG ?

Mit Bezug auf einen Bericht ihres Korrespondenten Rudolf Chimelli schrieb die Süddeutsche Zeitung (München) (SZ) am 9. März 1970, daß nach den Kostenvoranschlägen für den Haushalt des nächsten Jahres ein Kriegstag Israel 3,2 Mio. Dollar kostet. Allein eine Flugstunde des taktischen Düsenjägers Mirage koste 1.000 Dollar.

Die Ausgaben des Verteidigungshaushaltes beliefen sich in den letzten Jahren auf über 6 Milliarden israelische Pfund. 1966, ein Jahr vor der Aggression, erreichten die Ausgaben einen Gesamtbetrag von 4,3 Milliarden, eine enorme Summe für die 2,8 Millionen Einwohner Israels.

Und wenn man hört, daß das Nationalprodukt in der Zeit von 1966 bis 1968/1969 nur um 0,3% wuchs, wird jedem klar, daß die Kriegskosten nicht auf normalem Wege gedeckt werden können. Bei der Untersuchung der Einnahmen des israelischen Staatshaushaltes lassen sich interessante Tatsachen feststellen: ein Drittel aller Einnahmen sind Schenkungen von seiten der internationalen zionistischen Organisationen, Geschenke der US-Regierung, westdeutsche Reparationen, Kredite und private Geldanlagen, Schenkungen von Privatpersonen. Die Mittel, die aus diesen Quellen stammen, erreichten im Haushalt 1968 eine Gesamtsumme von 7 Milliarden Dollar.

Auf der Grundlage des sogenannten Israel-Vertrages erhielt Israel 3,45 Milliarden DM von der BRD, die fortlaufend bis zum Jahr 1975

gezahlt werden. (AP, Bonn, 27. März 1969)

Die in den letzten 5 Jahren von Westdeutschland an Israel gezahlten staatlichen Kredite beliefen sich auf durchschnittlich 150 Mio. DM pro Jahr. Für 1970 hat die Bundesregierung wieder einen Kredit von 140 Mio. DM versprochen. (Hamburger Abendblatt, 16.8.1970) Zusätzlich zu diesen Mitteln, die in schöner Regelmäßigkeit von Westdeutschland nach Tel Aviv fließen, hat die 1962 gegründete "Freundesgesellschaft für den Aufbau Israels" mit ihrem Sitz in Frankfurt/Main eine "Entwicklungsanleihe" in der Höhe von 500 Mio. Dollar gefordert. Israels Botschafter Ben Nathan nannte dies beschönigend "Entwicklung für den Frieden". (Die Welt, 24.10.1968)

Die zionistischen Multimillionäre, die in allen Teilen der Welt leben, versammelten sich nach dem 6-Tage-Krieg und mobilisierten Kapital, um den ersten ökonomischen Schwierigkeiten zu begegnen. Diese schwächten sich mit der Fortdauer des Krieges nicht ab, sondern vergrößerten sich. Deshalb treffen sich die Millionäre immer wieder in privaten Konferenzen, um Israels Aggression zu unterstützen. Seitdem sie einen großen Teil der für Israels Wirtschaft notwendigen Investitionen bereitstellen, wirft diese Unterstützung nicht selten einen ansehnlichen Profit ab, zumal für die israelischen Arbeiter seit Beginn des Krieges praktisch ein Lohnstopp besteht.

Zusätzlich erwarten die zionistischen Millionäre, daß diese von ihnen mit Israel geknüpften wirtschaftlichen Kontakte auch zu "bestimmten politischen Konsequenzen" führen. Sie sind teilweise heute schon in den langfristigen Wirtschaftsplänen enthalten, die auch die "Erschließung" der eroberten arabischen Territorien vorsehen.

Die USA und Westdeutschland konnten umfangreiche Bestände an veralteten Waffen abstoßen, teils als Geschenke, teils zu nicht geringen Preisen. Diese Waffenlieferungen erfolgten auch auf Grundlage von Krediten, selbstverständlich zu beiderseitigem Nutzen. Zusätzlich zu den regelmäßigen jährlichen Krediten gewähren diese beiden Staaten ständig neue Kredite, wenn Regierungsvertreter - wie es bei A.Eban in Westdeutschland und Golda Meir in den USA der Fall war - persönlich bei ihren großen Freunden vorsprechen und ihnen einen Bericht über ihre schwierigen Verhältnisse erstatten. Als die Zeitungen verlauten ließen, daß Abba Eban während seiner Reise nach Bonn untersuchen wolle, "... ob und in

welchem Umfang Israel mit Wirtschaftshilfe und Krediten für neu zu schaffende Entwicklungspläne rechnen kann" (Telegraph, 9.1.1970) widersprach der BRD-Außenminister Scheel höflich und sagte, daß keine Gespräche über Geld geführt worden seien. (Deutsche Volkszeitung, (DVZ) 6. März 1970).

Aber immer noch "erwägt" die westdeutsche Bundesregierung, Israel zusätzlich zu der jährlichen 140 Mio. DM Kapitalhilfe weitere Zuwendungen in Höhe von 200 Mio. DM zu gewähren (ebenda s.o.)

Eban hoffte, Darlehen von zusammen 500 - 700 Mio. DM aus der BRD und den Benelux-Staaten mit nach Hause zu bringen. (SZ, 9.3.1970) Ähnliche finanzielle Beziehungen bestehen auch zwischen der USA und Israel. Über die Lieferung der Phantom-Düsenkampfflugzeuge hinaus verlangte Israel von den USA wirtschaftliche Unterstützung, wobei es sich "In diesem Zusammenhang auf den Vertrag von 1968" bezog, "der eine Lieferung von 54 Phantom-Jägern vorsah und in dem die USA Israel Unterstützung in Höhe von 75 Mio. Dollar zugesagt hatte." (Die Welt, Hamburg, 7.3.1970).

Am 7. März 1970 wurde ein neues "Hilfsabkommen" über 43,2 Mio. Dollar zwischen Israel und den USA unterzeichnet. Diese Darlehn, das über einen Zeitraum von 40 Jahren läuft, wurde Israel laut "Neuer Züricher Zeitung" (NZZ) vom 9. Mai 1970 für den Kauf von Nahrungsmitteln - aus den USA natürlich - gewährt. Es gab keine Verlautbarungen betreffs der verbliebenen 56,8 Mio. Dollar - obwohl das im März 1970 mit den USA geschlossene Abkommen eine Hilfe von insgesamt 100 Mio. Dollar vorsieht. (...)

Israels finanzielle Situation war im August und September 1970 offensichtlich so prekär, daß Golda Meir sich persönlich nach Washington begab, wo ihr nicht nur ein "triumphaler Empfang" zuteil wurde, sondern sie auch die Zusicherung über die Lieferung von Phantom-Jägern im Werte von 1 Milliarde Dollar und über weitere Wirtschaftsanleihen erhielt; diese Tatsachen wurden aber nicht veröffentlicht, um die Araber "nicht allzu sehr zu beunruhigen". Als Privatperson besuchte auch der Finanzminister Israels im September 1970 die BRD mit dem Ziel, größere finanzielle Hilfe von den westdeutschen Freunden zu erhalten. Die Düsseldorfer Wochenzeitung "Unsere Zeit" (UZ) vom 29.8.1970 schrieb unter der Schlagzeile "DM-Spritze für Israels totalen Militärbudget": "Die Bundesregierung hat Israel

für 1970 einen Kredit in Höhe von 140 Mio. Mark eingeräumt." Der jordanische Außenminister Attalah bezeichnete gegenüber dem Botschafter der BRD in Amman diese finanzielle Hilfe für Israels Kriegswirtschaft als einen "unfreundlichen Akt". Und die größte Kairoer Tageszeitung "Al Ahram" schrieb am 12. September 1970 in einem Kommentar, daß die westdeutsche Politik "im Gegensatz zu den Interessen und legitimen Wünschen der arabischen Völker" stehe.

Dennoch können alle diese Hilfen nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Kriegskosten für Israel zu hoch werden. Die Zahlungsbilanz im Rechnungsjahr 1970 wird ein Defizit von 1,2 Milliarden Dollar erreichen; die Devisenbestände sind im Vergleich zu den letzten Jahren auf dem niedrigsten Stand angelangt und nehmen weiter ab. Ende 1969 wies der Staatshaushalt ein Defizit von mehr als 100 Mio. Dollar auf, das durch einen weiteren 150-Mio.-Dollar-Kredit von der Staatsbank gedeckt wurde. (Die Welt, 10. April 1970). Eine steigende Tendenz weist nur das Verteidigungsbudget auf, das nach offiziellen Angaben 40% des Gesamthaushalts ausmacht. (DVZ, 27.2.1970) Der Haushalt für 1970 sah 4,2 Milliarden israelische Pfund für Rüstung vor. Das Oberkommando dagegen erhob die Forderung nach weiteren 1,1 Milliarden Pfund.

Um diese Forderung erfüllen zu können, griff die israelische Regierung zu dem altbekannten Mittel der Kriegsanleihe zurück. Anfang 1969 legte Israel eine Anleihe von 275 Mio. DM zur Zeichnung auf, die ein Viertel der Kosten für die geplanten Phantom-Jäger decken sollte. Es war einfach, diese Anleihe unterzubringen. Die "Gewerkschaften" bestimmten einen festen Satz, wieviel jeder Beschäftigte zu zeichnen hatte: bei einem Gehalt bis 850 DM die Hälfte des monatlichen Einkommens. (Die Welt, 16.4.69) Angesichts der steigenden Preise und Steuern - seit Anfang 1970 wurden alle Importe mit einem "Verteidigungszuschlag" belegt - bedeutete der Lohnstopp einen harten Schlag für die arbeitende Bevölkerung. Anfang 1970 mußten die Gewerkschaften dem Drängen der Arbeiter nachgeben und eine Anhebung der Löhne und Gehälter um 8% und einen Lebenshaltungskostenzuschlag von 4% fordern. Die Unternehmer willigten ein, verlangten aber gleichzeitig, die 8% dem Staat zu zahlen. Daraufhin drohten die Gewerkschaften mit Streik. Daraufhin intervenierte Finanzminister Sapir und kündigte eine drastische Erhöhung der Steuern an. Die Gewerkschaftsführer gaben nach und stimmten einem

Kompromiß zu. "Danach wird zwar eine Teuerungszulage von 4% gezahlt, doch die gleichzeitig festgelegte Lohn- und Gehaltserhöhung um 4% wird nach Abzug der Lohnsteuer gegen Schuldscheine für 8 Jahre an den israelischen Staat abgeführt. ... Für 1971 wurde ebenfalls eine Lohn- und Gehaltserhöhung um 2% vereinbart, doch erst Anfang nächsten Jahres wird darüber entschieden, ob diese in bar ausgezahlt oder ebenfalls in Schuldscheinen mit langer Rückzahlungsfrist abgegolten wird." (DVZ, 27.2.1970)

Hier offenbarte sich, wer wirklich für den Aggressionskrieg zu zahlen hat: es sind immer die Werktätigen, die die tatsächliche Last zu tragen haben.

Wirtschaftliche Unterstützung für den Aggressorstaat

Westdeutschland gehört zu den wichtigsten europäischen Wirtschaftspartnern Israels. Die wirtschaftlichen Verbindungen der beiden Staaten entwickeln sich schnell. Westdeutschlands Anteil erreichte 1966 2,4 Mio. Dollar, wovon beinahe 50% als "Wiedergutmachung" ausgewiesen wurden. "Die Bundesrepublik ist mit einem Anteil von einem Zehntel am israelischen Außenhandel als Lieferant und als Abnehmer drittgrößter Handelspartner nach Amerika und England." (FAZ, 3.1.69)

Seit April 1967 gibt es die

- "Deutsche Gesellschaft zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehung mit Israel" und die
- "Israelisch-Deutsche-Industrie- und Handelskammer"

Die beiden Gesellschaften organisieren den Austausch von Delegationen zum Zwecke der Marktforschung in beiden Ländern.

In den letzten Jahren nahm der deutsch-israelische Handel rasch zu: "Die deutsche Ausfuhr nach Israel ist 1968 sprunghaft um 85% von 249 auf 460 Mio. DM gestiegen und dürfte in diesem Jahr die 1/2-Milliarden-Grenze überschreiten. (Die Welt, 10.3.1969).

"1969 war, was die wirtschaftlichen Beziehung zwischen Israel und der BRD angeht, ein Rekordjahr ... Als Exportpartner (West) Deutschlands steht Israel in Asien an vierter Stelle." "Auf der anderen Seite ist heute (West) Deutschland für Israel der zweitgrößte Partner, obwohl Israels Lieferungen in die BRD nicht so schnell wuchsen, wie die (west) deutschen Lieferungen nach Israel. (West) deutsche Maschinen arbeiten überall

in Israels Fabriken. Natürlich werden laufend Ersatzteile gebraucht; und von daher sind ständige Kontakte garantiert." (Der Telegraph, West-Berlin, 9.1.1970)

Westdeutsches Großkapital bemüht sich verstärkt um Kapitalexporte nach Israel, um die jetzt schon bestehenden engen Beziehungen zwischen Bonn und Tel Aviv auf wirtschaftlichem Gebiet - besonders auf dem Rüstungssektor - zu vertiefen.

Die Entwicklung der westdeutsch-israelischen Wirtschaftsbeziehungen im Jahre 1970 spiegelt das außerordentlich große Interesse der israelischen Wirtschaft an Kapitalgütern aus der Bundesrepublik wieder. Wegen der "günstigen" Ergebnisse, die mit westdeutschen Anlagen erzielt wurden, wird ein Vertreter des israelischen Ministeriums für Handel und Industrie in Kürze die Bundesrepublik besuchen, um westdeutsche Konzerne zu ermutigen, ihre Kapitalinvestitionen in Israel zu verstärken. "Israel bemüht sich um deutsche Investitionen". (Handelsblatt (HB), Düsseldorf, 17.9.1970) "... Ihm liegt ... viel an einer verstärkten Kooperation zwischen der deutschen und der israelischen Industrie." (FAZ, 20.9.1969) "Israel sorgt für vielfältige Investitionsmöglichkeiten, die vom Bau von Zweigwerken bis zum Export von 'know-how' (technische Erfahrungen) reichen." (HB, 17.9.1970)

Darüberhinaus benötigt die israelische Regierung US-Kapital ebenso wie Kapital von westdeutschen Großunternehmen für seine Rüstungsindustrie. Das Düsseldorfer "Handelsblatt" schrieb in seiner Ausgabe vom 7.5.1969, daß "die Israelis hoffen, ... amerikanische Unternehmer für ein stärkeres Engagement in der israelischen Rüstungsindustrie zu gewinnen. Die israelische Regierung selbst ist der größte Waffenproduzent, aber auch heute arbeiten Privatunternehmer auf diesem Gebiet nicht nur als Zulieferer, sondern auch als Hersteller. Bis jetzt sind keine Einzelheiten über das Produktionsprogramm der staatlichen Waffenfabriken bekannt, aber es umfaßt auf jeden Fall Artillerie, Munition und Ausrüstung..."

"Die israelische Luftfahrtindustrie (die nicht nur Passagier- und Transportflugzeuge produziert) erhielt z.B. eine Anleihe von 20 Mio. DM von einer (west) deutschen Bankgruppe für eine Laufzeit von 12 Jahren", berichtete das "Handelsblatt" vom 8.4.1970.

Bis jetzt mußte Israel Panzer und Flugzeuge aus dem Ausland einführen, aber in Kürze werden die Waffen wahrscheinlich in Israel selbst produziert werden. In diesem Wirtschaftszweig verdoppelte sich in den letzten Jahren die Zahl der beschäftigten Arbeiter, und die Produktion konnte verdreifacht werden. Die israelische Regierung ist bestrebt, von ausländischen Waffenlieferungen unabhängig zu werden. Dies erweist sich als notwendig zur Vermeidung schwerwiegender Probleme, die sich aus der gespannten politischen Situation ergeben können, was sich z.B. bei dem französischen Waffenembargo zeigte. Israel hofft, auch auf diesem Sektor die Produktion mit amerikanischer Hilfe ausweiten zu können.

Der "Welt"-Korrespondent Klaus Müller schrieb im April 1970: "Israel entwickelt einen leichten Düsenjäger, der Kampfoperationen am Boden unterstützen soll. Gewöhnlich gut informierten Kreisen zufolge wird Israel die Serienproduktion des Flugzeuges viel früher aufnehmen können, als Fachleute angenommen haben ... Mit Hilfe ausländischer, vor allen Dingen amerikanischer Spezialisten, soll es innerhalb von zwei bis drei Jahren fertiggestellt sein ..." (Die Welt, Ausgabe B Westberlin-Hamburg, 23.4.1970).

"Israel braucht "know-how" und Spezialisten für die Entwicklung eines eigenen Kampfflugzeuges", lautete die Schlagzeile in der "Welt". Offensichtlich sind die Alliierten für dergleichen zuständig.

Das Atomzentrum in Dimona, das 1956 mit westdeutscher Hilfe errichtet wurde, hat seit 1963 jährlich ungefähr 8 Kilogramm spaltbares Material produziert. Diese Menge reicht aus, um zwei Atombomben vom Typ der auf Nagasaki abgeworfenen Bomben herzustellen. Die westdeutsche Bundesrepublik stellte der israelischen Kernforschung Kredite in der Höhe von ca. 250 Mio. DM zur Verfügung und schickte einige Wissenschaftler nach Israel. So haben die israelischen Aggressoren keinen Mangel an "Kleingeld und Experten". (Kölner Stadtanzeiger, 4.3.1970)

Die Zusammenarbeit entspricht ganz offensichtlich der Realisierung westdeutscher Atompläne.

Der westdeutsche Imperialismus gehört nicht nur zu den bedeutendsten Geldgeber für die israelische Rüstung, sondern hat bisher auch Rüstungsmaterial im Werte von mehr als 3 Milliarden DM geliefert; dazu gehörten Flug-

zeuge, Panzer, panzerbrechende Granaten und andere Munition.

Die westdeutsche Bundeswehrführung hat einen besonderen Verbindungsoffizier für die militärische Zusammenarbeit mit Tel Aviv, nämlich Brigadegeneral Becker. Erst kürzlich flog eine Gruppe israelischer Piloten, nachdem sie an einer Sonderausbildung in Westdeutschland teilgenommen hatten, Flugzeuge vom Typ Noratlas von der Bundesrepublik nach Israel. Als eine Folge des israelischen Angriffskrieges ist Israel nunmehr in der Lage, das Sinai-Abkommen auszunutzen: bei ihren Versuchen, ihre Wirtschaft zu stabilisieren, verwerten die israelischen Führer heute die von ihnen eroberten arabischen Bodenschätze. "... Diese neuen Entwicklungen haben die Situation der israelischen Mineralölproduktion grundlegend verändert. Während Israel 1966 58,3 Mio. Dollar für den Import von Mineralöl zu zahlen hatte, reduzierte es diese Importe 1967 auf 44 Mio. Dollar ... 1968 mußte Israel nur 35 Mio. Dollar für den Import von Mineralöl aufbringen, und die Raffinerien erhöhten ihren Export auf 18,1 Mio. Dollar. (Blick durch die Wirtschaft, 9.3.1970)

Dabei vergaßen die imperialistischen Monopole nicht, ihre eigenen Interessen zu verfolgen. In ihrem Artikel "Israel wünscht deutsches Kapital" schrieb die FAZ vom 20.9.1969: "Denkbar sei auch, daß die Bundesrepublik und Israel gemeinsam Exportmärkte erschließen, zu denen die deutsche Industrie keinen direkten Zugang habe." Die Hauptziele dieser Hilfe und Unterstützung Israels im Rahmen der imperialistischen Globalstrategie wurden jedoch in der "Welt" vom 24.10.1968 enthüllt; es hieß dort: "... Hilfe für Israel heißt nicht Hilfe für dieses Land allein. Gerade heute besitzt das israelische Modell überzeugende Ausstrahlungskraft für die Länder Afrikas und Asiens." Wie groß die Ausstrahlungskraft ist, die das "israelische Modell" ausübt, zeigte sich 1970 bei einem Besuch der Militärdelegation der südvietnamesischen Regierung, die die Methoden und Praktiken Israels kennenlernen wollte, wie sie bei der Ausbildung von Armeekadern und bei der Unterdrückung des Widerstandes in den besetzten arabischen Gebieten angewandt werden.

Israel und die globalstrategischen Interessen des Imperialismus

Nach der mißglückten Suez-Aggression im Herbst 1956 haben die größten imperialistischen Mäch-

te, insbesondere die USA und die westdeutsche BRD, ihr möglichstes getan, um den israelischen Staat zu einem Brückenkopf gegen die nationaldemokratische Befreiungsbewegung in der arabischen Welt zu machen. Dies zeigte sich an dem Interesse der imperialistischen Globalstrategen, der progressiven Entwicklung, die sich in diesem Teil der Welt vollzieht, Einhalt zu gebieten. Die geographische Lage im Zentrum des größten Festlandblocks der Erde sowie die Existenz des Suez-Kanals sind Faktoren, die die militärisch-strategischen Interessen der Nato wachhalten. Und schließlich legen die Demonstrationen der 6. Flotte Zeugnis ab für die Bedeutung, die die US-amerikanischen Militärs der Beherrschung des Mittelmeerraumes beimessen. Die Äußerungen des früheren stellvertretenden US-Außenministers Ball in der "Welt am Sonntag" (Hamburg) vom 12.7.1970, nach denen die Süd- und Ostküste des Mittelmeeres entscheidend für das Überleben des Westens ist und bleibt", veranschaulichen die militär-strategische Aufgabe, die Israel als Speerspitze und Juniorpartner der großen imperialistischen Mächte im weltweiten Kampf zwischen den beiden Gesellschaftssystemen erfüllen muß. Daneben muß auch das unverminderte Profitstreben der Ölmonopole berücksichtigt werden. "Der Nahe Osten", fuhr Ball fort, "stellt einen wirtschaftlichen Faktor von außerordentlichem Wert dar. Er befriedigt in erheblichem Umfang den Energiebedarf Westeuropas und Japans und bildet den Brennpunkt der amerikanischen Investitionen, die uns wichtige Devisen einbringen. Schließlich verfügt der Nahe Osten über 60 Prozent aller Mineralölvorkommen, die bisher erschlossen worden sind und 50 Prozent der Ölförderung in diesem Gebiet ist in der Hand amerikanischer Monopole.

Das heißt, es geht hier nicht um den "Zusammenstoß nationaler Interessen, sondern um den Versuch des Weltimperialismus, gegen die nationale Befreiungsbewegung vorzugehen, und zwar mit Hilfe der israelischen Führer, die dabei auch ihre eigenen expansionistischen Ziele verfolgen." (Prawda, 15.10.1970)

Die Führer aus Tel Aviv wetteifern ihrerseits darum, den Imperialisten Beweise ihrer Loyalität zu erbringen. Hier ein Beispiel: Der Abgeordnete des rechtsextremistischen Blocks "Gahal", Abramov, setzte sich dafür ein, den USA die Errichtung einer Militärbasis auf der von Israel besetzten Sinai-Halbinsel zu gestatten.

Die Zeitung "Haaretz" brachte unter der Überschrift "Sinai, eine gute Basis für die USA" einen von Abramov geschriebenen Artikel. "Gegenwärtig," so stellte er fest, "gibt es nur ein Gebiet im Nahen Osten, auf dem die USA entweder allein oder im Rahmen der Nato eine Basis errichten könnten, die wirklich in der Lage wäre, die Basen in Libyen und in den anderen Ländern, aus denen sich die USA zurückziehen mußten, wirksam zu ersetzen - und das ist die Sinai-Halbinsel. Diese Region, die eine Schlüsselposition an der Grenze zwischen Asien, Afrika und Europa einnimmt, bietet große strategische Vorteile."

Die israelischen Führer behaupten, daß eine direkte Anwesenheit der USA es ihnen erleichtern würde, die Vereinigung fremder Territorien, wie sie von den Zionisten geplant war, zu erzwingen. Es bleibt abzuwarten, ob Washington dieses Angebot annehmen wird. Trotzdem gibt es keinen Zweifel darüber, daß die israelischen Führer darauf vorbereitet sind, das Leben weiterer Tausender Araber und Israelis aufs Spiel zu setzen, damit die imperialistischen Monopole und der internationale Zionismus ihre Ziele erreichen können.

Zusätzlich zu dieser aggressiven Politik hat Israel die Funktion einer "Relaisstation" für den Neokolonialismus. Israel infiltriert die afrikanischen und arabischen Länder in erheblichem Maße. Finanziert wird diese Tätigkeit von geldschweren Monopolkreisen sowie von imperialistischen Staaten.

Dabei machen sich die imperialistischen Großmächte die günstige Möglichkeit zunutze, hinter dem israelischen Image eines "antikolonialistischen" Staates und eines Beispiels für rasche Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit, ihre Absicht zu verbergen. Daß der Imperialismus in seinem Kampf gegen alle Anstrengungen, aus dem imperialistischen System auszubrechen, an diesen Aktivitäten Israels Interesse hat, wurde von einem Kommentator der westdeutschen Zeitschrift "Afrika-Informationsdienst" (19/1962) offen zugegeben: "All dies ist natürlich sehr erfreulich, da der israelische Einfluß in Afrika direkt oder indirekt dem Westen dient..."

(Quelle: hektographiertes Manuskript des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees, Berlin)

NAMIBIA

Die folgenden Dokumente geben einen Überblick über den Kampf des Volkes von Namibia für die Befreiung von der Herrschaft des südafrikanischen Rassistenregimes. Bis zum Jahre 1914 war das Land deutsche Kolonie. 1946 wurde der Südafrikanischen Republik (SAR) zeitlich befristet von der UNO die Treuhandschaft über das Gebiet übertragen. Die SAR brach diese Vereinbarungen und integrierte Namibia administrativ, wirtschaftlich und militärisch in seinen Herrschaftsbereich. Heute haben sich die progressiven und antiimperialistischen Kräfte Namibias in der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) zusammengeschlossen, die den nachstehenden Bericht über den Stand des Befreiungskampfes verfaßt hat.

DIE GEGENWÄRTIGE SITUATION UNSERES KAMPFES

Seit dem Parteikongress, der vor einem Jahr stattfand, ist unser Land zum Ort heftiger Konfrontationen zwischen dem Volk von Namibia unter der Führung unserer Partei einerseits und den südafrikanischen faschistischen Streitkräften andererseits geworden.

Diese heftige Konfrontation findet hauptsächlich in den Reservaten statt, in denen die meisten Afrikaner leben - besonders in Ost-Kapriwi, Okavango und Ovamboaland.

Die Guerrilleros kämpfen außerdem in der Region von Kaokoveld, wo der Feind ein imperialistisches Kanalsystem und einen Damm bei Caluque auf der angolanischen Seite des Kunenefflusses baut. Obwohl unseren Kräften die Zerstörung dieser Anlage, die dazu dient, eine Million Söldner aus den europäischen Ländern zum Kampf gegen unser Volk anzusiedeln, nicht gelungen ist, haben wir mehrere Angriffe gegen die militärischen- und Luftbasen des Feindes in Ohopoho sowie gegen andere Lager an der Grenze nahe der Ruacana-Wasserfälle durchgeführt.

Beständige Angriffe und Störung des Feindes gehören weiter zu unserer Strategie in diesem Teil des Landes, bis die Imperialisten gezwungen sind, den ganzen Plan aufzugeben, und darüberhinaus unser Land verlassen.

Seit dem Kongreß wurden folgende Operationen durchgeführt:

- Erfolgreiche Hinterhalte gegen feindliche Streitkräfte	125
- Zerstörte oder angegriffene feindliche Lager	75
- Zerstörte feindliche Fahrzeuge	115
- Getötete feindliche Agenten	27
- Gesamtzahl der getöteten feindlichen Kräfte	256
- Feindliche Spione, die von Freiheitskämpfern verhaftet und festgesetzt wurden	49

Diese Angriffe fanden statt in den Gebieten von Babwata, Andara, Kapriwi-Okavango, Omboloka, Oshikango, Ombarantu, Ohopoho, Ovamboaland und Okavango. Diese heldenhaften Operationen wurden jedoch nicht ohne Verluste auf seiten der Freiheitskämpfer durchgeführt. In diesen Kämpfen fielen für die Befreiung des Vaterlandes einige unserer teuren Genossen, die besten Söhne Namibias. Die letzte Ehre erweisen wir den Kommandanten Alpheus Veshtile, Roymund Bwiswalelo und Jonas Shiyandja, die im Dezember fielen, nachdem sie erfolgreich das feindliche Lager in Andara, in der Region Okavango-Kapriwi, zerstört hatten. All die anderen Genossen, die im Dienste ihres Vaterlandes an verschiedenen Orten starben, werden immer als heldenhafte Märtyrer der Nation in unseren Herzen bleiben.

Die Rückschläge, die wir erlitten haben, hatten positive Auswirkungen. Unsere Kampfkraft nimmt ständig zu, und unsere Kämpfer vollbringen weiter heldenhafte Taten. Dies wurde von einer Gruppe von Kämpfern des Kommandanten Iyambo Israel bewiesen, die während der Juni-Juli-Operation wochenlang vom Feinde eingeschlossen, ohne Wasser und mit nur wenig Nahrung - fast meist Wildfrüchten - ausharrten. In tapferem Kampf durchbrachen die Genossen die Umzingelung.

Obwohl der Feind eine Belohnung von 1.000 Rand (500 Pfund Sterling) auf den Kopf des Kommandanten Iyambo ausgesetzt hat, kämpft diese heldenhafte Gruppe weiter; zusammen mit den namibischen Bauern konnte in den nördlichen und westlichen Gebieten eine andauernde Kampftätigkeit organisiert werden.

POLITISCHE AKTIONEN

Neben den militärischen Aktivitäten, die die Volksbefreiungsarmee von Namibia (PLAN) unternimmt, organisiert die Partei in jenen Gebieten, die der bewaffnete Kampf noch nicht erreicht hat, die Bevölkerung auch politisch, um sie auf einen bitteren Kampf vorzubereiten.

In Walvis Bay wurde z.B. vom 26.-29. Januar 1970 ein erfolgreicher Streik der Arbeiter der KUISEB FISHING FACTORY organisiert. Mehr als 1.000 Arbeiter beteiligten sich an diesem Streik und forderten bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, Freiheit der Arbeitsplatzwahl und die Abschaffung des Systems der Kontraktarbeit.

Obwohl der Streik damit endete, daß 75 Arbeiter von ihren Arbeitsplätzen ausgesperrt wurden, war es von historischer Bedeutung, daß zum ersten Mal in der kolonialen Geschichte der Arbeit in Namibia die Kapitalisten sich mit den Arbeitern zusammensetzten, um sie anzuhören, wenn sie auch keine Konzessionen machten. Außerdem wurde nicht die faschistische Polizei gerufen, um die streikenden Arbeiter zu unterdrücken, denn die Kapitalisten wußten, was die Folgen gewesen wären.

In ähnlicher Weise wurde am 19. August 1970 ein weiterer Streik in der KLEIN OUBIE Uranium Prospecting Company bei Rehoboth organisiert. Auch hier forderten die Arbeiter gerechteren Lohn und bessere Lebensbedingungen für sich und ihre Familien, die Abschaffung des Systems der erzwungenen Kontraktarbeit, die Freiheit der Arbeitsplatzwahl, das Recht auf freie Vereinigung und die Beseitigung der Einschränkung der Freizügigkeit innerhalb der nationalen Grenzen.

In der Nordregion, die als Bantustan wie unter einem Alptraum dahinsiecht, organisierten Studenten des Ongwedi Secondary and Teachers' Training College mehrere Streiks gegen die 'Bantu Education' und den Terror von Ushona Shiimi, dem faschistischen Handlanger Südafrikas. Diese Proteste und Demonstrationen unterstreichen die unbezähmbare Kraft des Volkes, das entschlossen ist, sich aus dem rassistischen Würgegriff zu befreien.

All diese Unruhe war auf vielfältige Weise Resultat der Aktivität der Partei, die das Volk lehrt zu kämpfen und "legale" wie "illegale" Mittel anzuwenden, um den Sturz des Kolonialismus in Namibia herbeizuführen.

DIE GEGNERISCHE UNTERDRÜCKUNG

In seinen vergeblichen Versuchen, das Volk zur Unterwerfung zu zwingen, hat der Feind seine Zuflucht darin gesucht, immer neue Methoden der Anwendung von Gewalt und Brutalität zu finden. Viele Menschen, besonders Lehrer und Mitglieder der SWAPO, sind ohne Prozeß und ohne Benachrichtigung ihrer Familien und Verwandten verhaftet und lange Zeit fest-

gehalten worden.

Ein neues Konzentrationslager, genannt Bantustan, wurde am 23. Oktober 1970 eingerichtet, und Häuptling Shashipopo als sein "Premierminister" eingesetzt. Dieses Bantustan in der Okavango-Region wurde wie jenes in Ovamboaland ausschließlich deshalb gegründet, um unser Volk zu teilen und eine Begründung für die Stationierung der südafrikanischen Truppen dort zu liefern. Diese beiden Stammes-"Staaten" sind als Verteidigungskorridore gegen unsere Befreiungskräfte gedacht.

Die Schaffung des Okavango-Bantustans ist die taktische Antwort des Feindes auf die schweren Verluste, die seine Streitkräfte in den vergangenen zwei Jahren in dieser Gegend durch unsere Kämpfer erlitten haben. Entsprechend der Anti-Guerrilla-Strategie und -Taktik hat der Feind mitten in der Reservation weitere Truppen eingesetzt und benutzt nun die Bevölkerung als Schutz gegen Guerilla-Angriffe. Mit Minister- und Sekretärstiteln und Polizeidienstgraden wurden die feudalen und neokolonialistischen Elemente "belohnt".

Die Ergebnisse sind bis jetzt für den Feind nicht günstig gewesen, weil Tausende von Bauern schon begonnen haben, Okavango zu verlassen und in der Republik Botswana Zuflucht zu suchen; einige haben sich den Befreiungskräften angeschlossen.

(...)

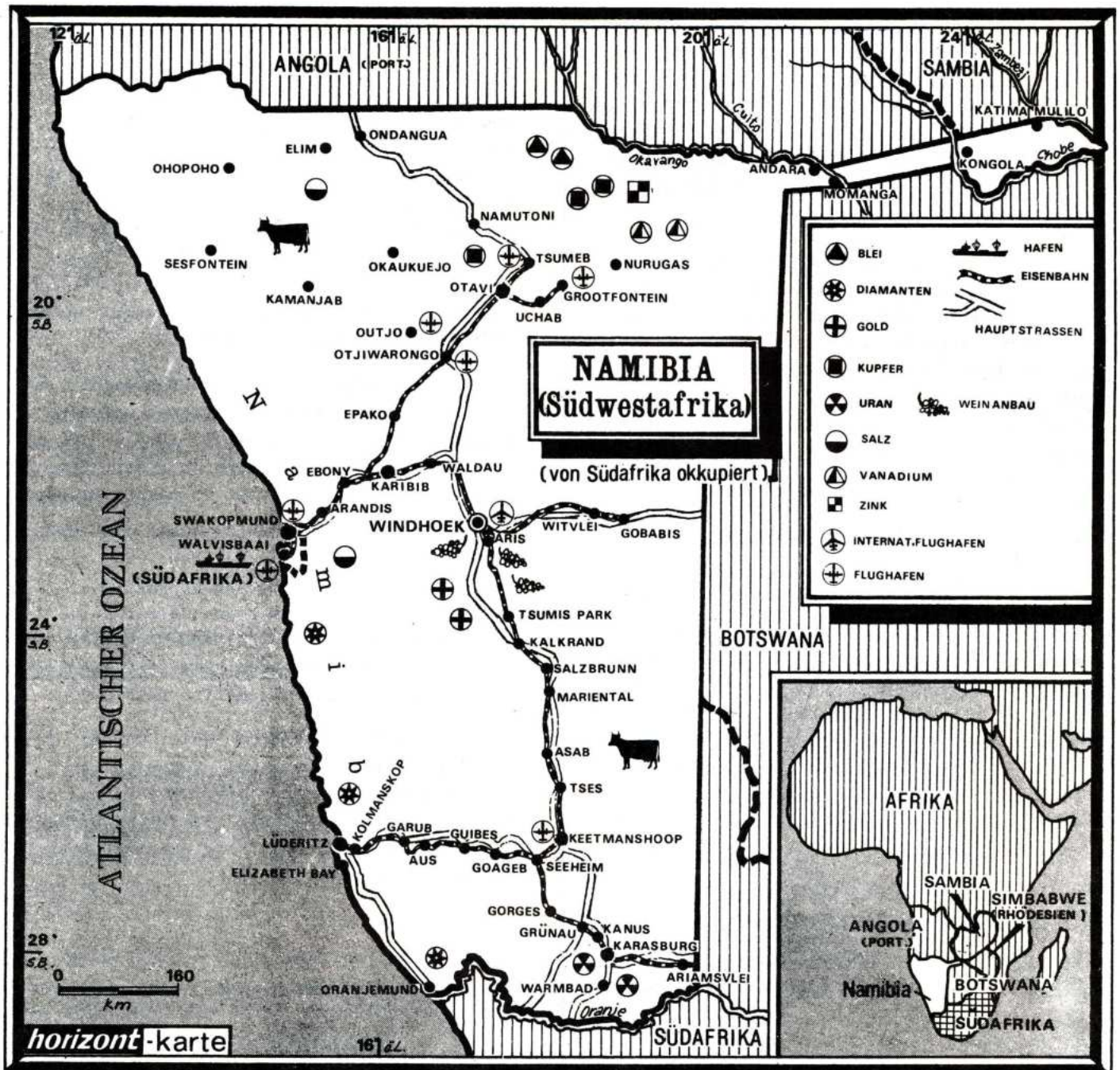
(Quelle: Namibia-Today, Jan. - Feb. 1971)

PRESSEERKLÄRUNG VON SAM NUJOMA

Ich möchte heute über die neueste Entwicklung in unserem Land sprechen und außerdem einen Brief verlesen, der aus Robben Island geschmuggelt wurde, geschrieben von einigen unserer Leute, die dort illegal inhaftiert werden. Ich werde die in dem Brief vorkommenden Namen nicht nennen, weil ich befürchte, daß die Autoren schwer dafür werden büßen müssen.

Ihre Geschichte geht auf den Beginn unseres bewaffneten Kampfes im Jahre 1966 zurück, als die ersten Zusammenstöße zwischen unseren Freiheitskämpfern und den Südafrikanischen Streit-

FORTSETZUNG AUF SEITE 12



Territorium: Namibia umfaßt 824 295 km². Der größte Teil Namibias besteht aus einem Hochplateau mit einer durchschnittlichen Höhe von 1600 m. Parallel zur Küste verläuft die Namib-Wüste, die in das halbwüstenartige Hochland bis zur Kalahari-Steppe übergeht. Die Niederschläge konzentrieren sich auf den Süden und das Landesinnere. Ansonsten ist das trockene Hochlandklima vorherrschend. Die durchschnittlich geringen Niederschläge haben zur Folge, daß zahlreiche Flüsse zum großen Teil austrocknen. Der Kuene-Fluß, der Okavango, die Teile der Nordgrenze bilden, der Sambesi an der Ostgrenze des Caprivi-Zipfels, der Kwando oder Mashi und der Oranje-Fluß führen das ganze Jahr über Wasser. Außer einigen, meist heißen Wasserquellen gibt es keine weiteren Wasserreserven.

Bevölkerung: Gesamteinwohnerzahl: 594 000 (1967), davon etwa 270 900 Ovambos, 96 000 Weiße (vorwiegend Deutsche, Engländer und Buren), 50 200 Damaras, 40 000 Hereros, 39 400 Nama-Hottentotten, 31 500 Okavangos, 17 900 East Caprivians, 15 400 Colours und andere.

Hauptstadt: Windhoek (48 000 Einwohner). Andere wichtige Städte sind Swakopmund, Karibib, Otavi, Keetmanshoop, Lüderitz und Karasburg.

Amtssprachen: Englisch, Afrikaans (Bürsich) und Deutsch.

Religion: vorwiegend verschiedene Richtungen der niederländisch-reformierten Kirche.

Währung: Südafrikanischer Rand = 100 Cents; 1 Rand = 1,39 US-Dollar

Geschichte: Namibia war ursprünglich von Buschmännern bewohnt, die im 17. Jahrhundert von Nama-Hottentotten verdrängt wurden. Zu Beginn des 18. Jh. wanderten die Herero ein, die die Hottentotten in der zweiten Hälfte des 19. Jh. nach Süden drängten. Ab 1883 wurden durch die Bremer Firma F. A. Lüderitz Kolonialinteressen des deutschen Imperialismus in Südwestafrika durchgesetzt. Ihre von den Afrikanern geraubten Besitzungen ließ sie unter den „Schutz“ des Deutschen Reiches stellen, womit faktisch eine deutsche Kolonie entstanden war. Die Gründung der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südafrika im Jahre 1885 hatte zur Folge, daß nunmehr weitere Teile des damaligen Süd-

westafrika erobert wurden.

Deutsche Kolonialtruppen führten gegen die sich zum Widerstand erhebende afrikanische Bevölkerung Unterdrückungs- und Ausrottungsfeldzüge, bei denen etwa 80 000 Hereros getötet wurden bzw. in der Wüste verdursteten. 1908 wurde der Aufstand endgültig niedergeschlagen und das Land der Afrikaner enteignet. Britisch-südafrikanische Truppen eroberten 1914/15 die deutsche Kolonie, und 1920 wurde sie als „Schutzmandat“ des neugegründeten Völkerbundes der Südafrikanischen Union unterstellt. Infolgedessen war auch nicht die Rede davon, den Afrikanern nach 1920 das 1908 geraubte Land zurückzugeben. Vielmehr wurden sie seitdem immer stärker in sogenannte Reservate (mit unfruchtbarem Boden und schlechten klimatischen Bedingungen) abgedrängt.

1946 wurde Südafrika von der UNO die Treuhandschaft über Südwestafrika übertragen. Diese Treuhandschaft war jedoch mit der Verpflichtung verbunden, für die Bevölkerung Südwestafrikas in möglichst kürzester Frist die politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen zu schaffen, die für die Verwirklichung ihres Selbstbestimmungsrechts notwendig waren. Das Rassistenregime verfolgte jedoch andere Pläne.

Um das Land der UNO-Kontrolle zu entziehen, fand unter der weißen Bevölkerung Namibias im Jahre 1946 eine „Volksabstimmung“ statt, die die „Rechtsgrundlage“ für die Annexion Südafrikas (1949 formell vollzogen) sein sollte. Die Südafrikanische Union mißachtete auch in den nachfolgenden Jahren alle Aufforderungen der UNO zur Beachtung der Treuhandschaftsverpflichtungen und setzte die politische, juristische und wirtschaftliche Eingliederung Namibias in das südafrikanische Staats- und Wirtschaftsgefüge fort.

Administration: Die weiße Bevölkerung entsendet 6 Abgeordnete in das südafrikanische Parlament und 4 Vertreter in den südafrikanischen Senat, von denen zwei gewählt und zwei durch den südafrikanischen Präsidenten ernannt werden. In diesem sogenannten parlamentarischen System werden die Interessen der afrikanischen Bevölkerung von Namibia überhaupt nicht vertreten.

Wirtschaft: Die Industrie ist noch gering entwickelt; ihr weiterer Ausbau wird durch Energiemangel gehemmt. Sie konzentriert sich auf den Bergbau und die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte.

In Namibia werden u. a. folgende Bodenschätze abgebaut und exportiert: Diamanten, Kupfer, Lithium, Blei, Zink, Wolfram, Vanadium, Uran und Germanium. Das Land wird von zahlreichen ausländischen Monopolgesellschaften, an der Spitze die Anglo-American Corporation, ausgebeutet. Westdeutsche Monopole, vor allem die Otavi-Minen-Gesellschaft und die Bölkow AG, haben besonderes Interesse an Rohstoffen für Kernwaffen (Lithium und Uran).

Die industrielle Fisch- und Krabbenverarbeitung sowie Betriebe zur Herstellung von Molkereiprodukten gewinnen an Bedeutung. In der Landwirtschaft wird auf den Großfarmen der Weißen vorrangig Viehzucht für den Export betrieben. Hauptprodukt sind Persianerfelle, die durch die Zucht von Karakulschafen gewonnen werden. 1967 wurden 2 896 498 Felle im Werte von 14 482 490 Rand exportiert.

Die Eisenbahnlinien haben eine Länge von 2400 km. Sie verbinden die Bergbauzentren mit den Häfen und haben Anschluß an die südafrikanischen Linien. Das Straßennetz umfaßt etwa 55 000 km.

Der Außenhandel wird vollständig von Südafrika geführt, mit dem eine Zoll- und Währungsunion besteht.

Aktuelle Lage: Die politische Situation in Namibia wird durch die völkerrechtswidrige Annexionspolitik des südafrikanischen Rassistenregimes bestimmt. Die Apartheid als südafrikanische Staatsdoktrin wird in zunehmendem Maße auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausgedehnt. Am 13. Oktober 1966 wurden das berüchtigte südafrikanische „Terrorismus-Gesetz“ und andere Apartheidgesetze auch für die „Rechtsprechung“ in Namibia gültig, und zwar – entgegen jeglicher Rechtspraxis auch bürgerlicher Staaten – rückwirkend ab 1950. Diese terroristische Justizpraxis wurde von der afrikanischen Bevölkerung zunächst mit friedlichen Mitteln, später mit bewaffneten Aktionen bekämpft. An der Spitze dieses Kampfes, der die endgültige Beseitigung der Okkupation Südwestafrikas zum Ziel hat, steht die South West African People's Organisation (SWAPO).

Die weißen Bevölkerungsgruppen unterstützen in der Mehrheit die Annexionspolitik, zumal sie auch weiterhin ihre Machtpositionen im wirtschaftlichen, juristischen und politischen Bereich sichern. Der Aufbau eines scheinbaren Selbstverwaltungssystems, wie es in Ovamboland erstmalig praktiziert wurde, soll den faschistischen Charakter der Rassistentendiktatur verschleiern.

Die afrikanische und farbige Bevölkerung leidet unter den unmenschlichen Auswirkungen der Apartheid als Ausbeutungs- und Unterdrückungspraxis. Sie hat sich deshalb auch unter Führung der Südwestafrikanischen Volksorganisation zum bewaffneten Kampf gegen das südafrikanische Regime und seine weißen Komplizen in Südwestafrika erhoben.

Am 26. August 1966 erklärte die SWAPO als Vortrupp der Revolution „den allgemeinen Krieg zur nationalen Befreiung von der fast hundertjährigen kolonialen Ausplünderung, Unterdrückung, Diskriminierung und Ungerechtigkeit“.

Die Befreiungsbewegung Namibias verbündet sich in ihrem Kampf mit den anderen Befreiungsorganisationen der Länder des südlichen Afrika. Diese erhalten aus den afrikanischen und den sozialistischen Staaten umfangreiche Hilfe und Unterstützung verschiedener Art. Diesen Ländern ist es auch zu verdanken, daß die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung von Namibia immer wieder

Gegenstand der Beratungen verschiedener Gremien der Vereinten Nationen ist. Erst im Dezember vergangenen Jahres hat die UNO Südafrika erneut verurteilt, weil es sich weigert, Namibia zu räumen. Mit 95 Stimmen bei 14 Enthaltungen sowie Gegenstimmen Südafrikas, Portugals, Großbritanniens, Frankreichs und der USA bekräftigte die Vollversammlung das „unveräußerliche Recht des Volkes von Namibia auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit“. Gleichzeitig billigte sie der Bevölkerung das Recht zum Kampf gegen die „ausländische Okkupation“ des Gebietes zu.

In ihrer Entschließung verurteilte die Vollversammlung Südafrika auch für die Ausdehnung seiner „international geächteten Apartheidpolitik“ auf Namibia. Alle Regierungen wurden aufgefordert, jede Hilfe und Zusammenarbeit mit Südafrika unverzüglich einzustellen. Verurteilt wurde schließlich auch die Unterstützung Südafrikas und seiner Namibia-Politik durch die Verbündeten der Regierung in Pretoria, unter denen die BRD einen besonderen Platz einnimmt.

Die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sollen laut Entschließung dazu beitragen, alle auf einen Abzug Südafrikas aus Namibia zielenden Entscheidungen und Maßnahmen des Sicherheitsrates zu unterstützen.

In einer weiteren Resolution gab die Vollversammlung ihre Zustimmung zur Gründung eines Namibia-Fonds. Der UNO-Generalsekretär wurde autorisiert, vorerst bis zu 50 000 Dollar für Hilfsmaßnahmen für Namibia aus dem regulären UNO-Haushalt des Jahres 1971 zur Verfügung zu stellen.

Vor der UNO und der demokratischen Weltöffentlichkeit steht nach wie vor die Aufgabe, die afrikanische Bevölkerung von Namibia in ihrem gerechten Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit zu unterstützen.

Alexander Berg

(Quelle: Horizont, Nr. 3, 1971, S. 13)

kräften Massenverhaftungen in ganz Namibia zur Folge hatten. Guerilleros und einige unserer Führer wurden umzingelt und verhaftet. Sie werden sich erinnern, daß die Folge das berühmte Terrorismus-Gesetz vom Juni 1967 war, aufgrund dessen viele unserer Landsleute vor Gericht gestellt wurden. Der erste Prozeß fand 1967 in Pretoria statt; 20 Männer wurden zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 9 zu 20 Jahren Haft, 2 zu 5 Jahren Haft, 3 erhielten Freiheitsstrafen, die zur Bewährung ausgesetzt wurden -sie stehen jetzt unter Aufsicht-, ein Mann wurde zu Tode gefoltert und 2 wurden freigesprochen. Der zweite Prozeß fand 1969 in Windhoek statt. In dessen Verlauf wurden 5 Freiheitskämpfer zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1 Mann zu 18 Jahren, 2 wurden freigesprochen. Insgesamt befinden sich jetzt 38 Namibier auf Robben Island.

Hierzu muß unbedingt festgestellt werden, daß diese Anzahl nur eine kleine Minderheit jener Namibier darstellt, die in Südafrika wie auch in Namibia gefangen gehalten werden. Die Behandlung, wie sie in dem Brief, den ich Ihnen vorlesen werde, beschrieben wird, gibt nicht nur einen Eindruck von den unmenschlichen Zuständen in den Gefängnissen überhaupt, sondern zeigt auch, daß die Namibier viel schlechter dran sind als Gefangene aus Südafrika. Die Entfernung von ihrer Heimat ist sehr groß. Das bedeutet z.B., daß sie nicht besucht werden können und daß sie auf große Schwierigkeiten stoßen, wenn sie den Kontakt mit ihrer Familie aufrechterhalten wollen.

Der Brief lautet:

"... Wir gehören zu den 38 Namibiern, die von der südafrikanischen Regierung gesetzwidrig verfolgt, verhaftet, festgehalten, vor Gericht gestellt und eingesperrt wurden. Gegenwärtig sind wir auf Robben Island eingekerkert.

Nachdem wir vier Jahre lang in den südafrikanischen Gefängnissen lebten, sind uns die dortigen Mißstände deutlich bewußt. Wir sind von der Außenwelt abgeschnitten. Man erlaubt uns nicht einmal, Kontakt mit unseren Rechtsanwälten aufzunehmen, obwohl dies in der Gefängnisordnung vorgesehen ist. Wir haben um die Erlaubnis gebeten, Kontakt mit unseren Rechtsanwälte aufzunehmen, aber das wurde uns von Brigadegeneral Aucamp verweigert, der auch den Kontakt zum Secretary of Social Services, einer Organisation zur Unterstützung

von Gefangenen, verhinderte. So sind wir also von der Außenwelt abgeschnitten.

ARBEIT und ERNÄHRUNG

Wir werden zu harter körperlicher Arbeit gezwungen, ohne Rücksicht auf den physischen Zustand der Betroffenen. Wir arbeiten in einem Kalksteinbruch. Diese Art von Arbeit ist unproduktiv und laugt unsere Energie aus; wir haben den Eindruck, daß diese Arbeit eine Art zusätzlicher Strafe ist. Letztes Jahr hatten wir Ärger mit den Behörden, weil sie behaupteten, unsere Arbeit im Steinbruch sein ungenügend. Infolgedessen wurden unsere Rationen gekürzt. Wir sind zudem überzeugt, daß kein menschliches Wesen eine derartige Arbeit jahrelang tun kann, ohne seine Selbstachtung und seinen Lebenswillen zu verlieren. Obwohl wir schwere Arbeit leisten, ist unsere Ernährung ungenügend, das Essen enthält zuwenig Eiweiß, um den Körper für die schwere und ermüdende Arbeit fit zu halten. Man verweigert uns Brot und sagt uns, daß es der südafrikanischen Gefängnisordnung widersprechen würde, Afrikanern Brot zuzuteilen. Die hauptsächliche Verpflegung für Afrikaner besteht aus mehligem Brei und schwarzem Kaffee.

BESUCHE

Es gibt für uns keine Möglichkeit, von unseren Verwandten in Namibia besucht zu werden angesichts der sehr weiten Entfernung und der Tatsache, daß unser Volk von der gleichen Regierung zu schlecht bezahlt wird. Wir haben seit unserer Festnahme im Jahre 1966 keinen einzigen Besuch gehabt. Der einzige Kontakt zu unserem Volk besteht aus zwei Briefen pro Monat. Die Briefe sind überdies einer äußerst strengen Zensur unterworfen. Wir sind der Meinung, daß die südafrikanische Regierung uns auf diese verfluchte Insel gebracht hat, um jede mögliche Verbindung zwischen uns und unseren Verwandten abzuschneiden. Wir haben die Regierung wiederholt ersucht, uns in unser Land zurückzuschicken, aber sie haben unsere Gesuche schlicht abgelehnt, ohne irgendwelche Gründe anzugeben.

MEDIZINISCHE VERSORGUNG

Die ärztliche Versorgung in diesem Gefängnis ist völlig unzureichend; wir haben den Eindruck, daß die Behörden sich absichtlich weigern, uns eine angemessene medizinische Behandlung zukommen zu lassen. Wir haben uns intensiv um eine Verbesserung unserer Behandlung bemüht, aber alle unsere Gesuche wurden abgelehnt.

1. Einem von uns wurde ein Bein amputiert, das bei seiner Festnahme durch die südafrikanischen Sicherheitskräfte verletzt worden war. Man behandelte ihn nicht, sagte ihm aber eine Behandlung nach dem Prozeß zu; aber auch als er hier ankam, erhielt er keine angemessene ärztliche Versorgung. Während er im September 1968 im Kalksteinbruch arbeitete, verletzte er sich sein bereits verwundetes Knie. Es schwellte unförmig an, doch trotz seiner schmerzhaften Verletzung wurde er zum Arbeiten gezwungen und erst behandelt, als man ihm im nächsten Monat in das Krankenhaus brachte, wo sein Bein amputiert wurde. Wir glauben, daß bei richtiger Behandlung sein Bein hätte geheilt und gerettet werden können.

2. Einem von uns wurde bei der Festnahme durch die Polizei 1967 der Arm gebrochen. Er wurde nicht behandelt und leidet heute noch unter den Folgen. Wir reichte eine Beschwerde ein, doch die Behörden kümmerten sich nicht darum. Wir beschwerten uns sogar bei Mr. Senn, dem Repräsentanten des Roten Kreuzes aus Genf, aber es geschah nichts. (...)

3. Einigen von uns, die unter verschiedenen Krankheiten leiden, sagte der Doktor, daß ihm zwar ihre Krankheiten bekannt seien, er aber nichts tun könne, um ihre Beschwerden zu lindern. Einige von uns wurden sogar davongejagt.

4. An einem Tag in der kältesten Jahreszeit, im Juli 1967, wurden unsere kranken Kameraden, darunter auch der, dessen Bein amputiert worden war, - angeblich auf Anordnung des Arztes - gezwungen, ohne Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand im Kalksteinbruch zu arbeiten.

GEFÄNGNIS OHNE PROZESS

Wir machen uns ernste Sorgen über das Schicksal unserer teuren Genossen, die mit uns oder erst jüngst verhaftet wurden und welche wir in Gewahrsam in Pretoria zurückließen. Wir wissen nichts über ihren Aufenthalt und haben Gründe, für ihre Sicherheit zu fürchten, da es in südafrikanischen Gefängnissen üblich ist, daß Gefangene "Selbstmord verüben". Wir haben auch Gründe anzunehmen, daß ihre Verwandten keine Kenntnis von ihrer Verhaftung und Einsperrung haben. Wir glauben, daß diese Namibier, wenn sie noch am Leben sind, aufgrund des berüchtigten Terrorismus-Gesetzes gefangengehalten werden, nach dem Menschen in Haft gehalten werden können, ohne daß ihre Angehörigen benachrichtigt werden.

SCHLUSSBEMERKUNG

Wir sind weiterhin der Meinung, daß die südafrikanische Regierung keine Rechtsgewalt über uns oder unser Land besitzt, da ihre Treuhandschaft im Jahre 1966 durch die Vereinten Nationen beendet wurde. Wir verurteilen aus tiefstem Herzen die Bemühungen der südafrikanischen Regierung, unser Land in kleine, Bantustans genannte Einheiten aufzuspalten. Wir sind der festen Überzeugung, daß unser Land eine geschlossene Einheit ist und daß es allen Einwohnern gehört, gleich wo sie sich befinden. ... Wir hoffen, daß Gerechtigkeit und Fairness über Unrecht und Tyrannei siegen werden.

Robben Island, 8.2.70

ANHANG

1. A wurde bei seiner Verhaftung durch die Polizei am Knie verletzt. Bei der Arbeit im Steinbruch glitt er aus, verletzte sich das Knie, die Wunde verschlimmerte sich. Das Bein wurde im Oktober 1968 amputiert. Ihm wurde ein künstliches Bein versprochen. Er wird in einer Zelle mit Hof von etwa 7,20 x 12,60 Fuß gefangengehalten.

2. B hat einen gebrochenen Arm. Er leidet außerdem an Asthma. In der sommerlichen Trockenzeit geht es ihm besser, aber sowie der feuchte Winter beginnt, leidet er schrecklich. Man hat ihm eine Pumpe gegeben, die ihm beim Atmen hilft. Wir baten, ihn in ein anderes Gefängnis mit weniger feuchtem Klima zu verlegen, aber das wurde abgelehnt. Der Kommandeur des Gefängnisses sagte, er könne den Häftling nicht ohne Zustimmung eines Gefängnisarztes verlegen, der aber verwies wiederum auf die Entscheidungsbefugnis des Kommandanten.

3. C braucht eine Brille zum Lesen. Er wurde im Juli 1968 von einem Facharzt untersucht, und man sicherte ihm zu, daß die Gefängnisbehörden die Brille bezahlen würden. Trotz zahlreicher Anfragen hat er bis heute keine Brille und die Angelegenheit wurde unter verschiedenen Vorwänden verschoben.

D und E sind kurzsichtig; ein Facharzt hat gesagt, daß sie Brillen brauchen. F, 64 Jahre alt, wird allmählich blind. Sein Antrag auf Untersuchung durch einen Facharzt wurde abgelehnt mit der Begründung, er habe kein Geld. Einer seiner Kameraden bat die Gefängnisbehörden, Geld von seinem Konto auf das von F zu übertragen, um ihm die Bezahlung des Facharztes zu ermöglichen. Dieser Vorschlag

wurde mehr als einmal gemacht, aber ohne Erfolg. Man hat ihm eine billige Sonnenbrille gegeben.

4. G leidet an Beschwerden, die unserer Meinung nach von einer Blinddarmentzündung herrühren können. Der Arzt bestätigte, daß der Mann

krank sei; er könne aber nichts für ihn tun. H leidet an einer Hautkrankheit, die von Schwellungen am ganzen Körper, Ablösung der Haut und dauerndem Jucken begleitet ist. Der Doktor sagt, er könne ihm in keiner Weise helfen. Ich selbst leide an Tbc. J, C und K sind ebenfalls Tbc-Kranke. Vielen wurde von der Polizei Geld und persönliche Dinge beschlagnahmt. Letztes Jahr erhielt Dr. Senn vom Roten Kreuz die Namen.

(Quelle: Presseerklärung der SWAPO vom 9.12.1970)

ANGOLA

Die Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) gibt im Folgenden einen Bericht über den nunmehr 10 Jahre währenden Kampf des angolesischen Volkes für die Befreiung vom portugiesischen Kolonialismus.

10 JAHRE KAMPF

Der von uns geführte nationale Befreiungskampf ist praktisch genauso alt wie die meisten afrikanischen Staaten. Während diese Staaten heute die Ergebnisse ihrer zehnjährigen internationalen Souveränität betrachten können, beginnt unsere Organisation - die Volksbewegung für die Befreiung Angolas (Movimento Popular de Libertacao de Angola - MPLA) -, die Lehren aus einem zehnjährigen Krieg zu ziehen.

Am frühen Morgen des 4. Februar 1961 griffen drei von den Kämpfern der MPLA geführte Kommandos der Nationalisten die befestigten Gefängnisse von Luanda an, um die politischen Gefangenen zu befreien. Die Reaktion der kolonialistischen Kräfte war überaus blutig: es gab 3.000 Tote unter der Bevölkerung der Hauptstadt.

Das angolesische Volk entfachte den bewaffneten nationalen Befreiungskampf, der auf alle portugiesischen Kolonien übergriff. Als Folge der Ereignisse vom 4. Februar wurden im März des gleichen Jahres nördliche Landesteile durch den Aufstand befreit. Seitdem ist der Kampf ständig fortgeführt worden.

1963 wurde die Front von Cabinda eröffnet (II. politisch-militärisches Gebiet), welche die Portugiesen zwang, an der nördlichen Front die Zügel zu lockern. Für die Kämpfenden und die Kader sollte sie zur Feuerprobe im Hinblick auf wichtigere Aktionen werden. Diese Front von Cabinda, so hat es unser Präsident, Genosse Agostinho Neto, ausgedrückt, ist "die Schule gewesen, aus der die fundamentalen Elemente für die Entwicklung des Kampfes in den anderen Gebieten hervorgegangen sind."

1966 gibt die Führung der MPLA die Parole zur Ausdehnung des bewaffneten Kampfes auf das gesamte angolesische Territorium aus. Die Tatsache, daß Sambia die Unabhängigkeit erlangt hatte, ermöglichte die Schaffung von notwendigen Strukturen für die Eröffnung der Front im Osten. Die meisten unserer Kader, die sich im Befreiungskrieg im Norden und in Cabinda bewährt hatten, befanden sich unter den Truppen, die nach Mobilisierungsaktionen im Mai 1966 die Operationen an der östlichen Front begannen. Von diesem Zeitpunkt an entwickelte sich der Kampf in rascher und entscheidender Weise, zumal der Feind überrascht worden war.

1967 begann der Kampf in der 4. politisch-militärischen Region (Provinz von Lunda) und 1969 in der 5. Region (Provinz Bihe). Ein Jahr später war in einem Drittel des Landes der Widerstandskampf aufgenommen.

Derzeit umfassen die fünf von der MPLA verwalteten politisch-militärischen Kampfgebiete zehn Provinzen des Landes, d.h. ungefähr 400.000 qkm, mit einer auf 500.000 Einwohner geschätzten Bevölkerung.

Wie ist die Lage in diesen Kampfgebieten?

Im Norden, wo die Bevölkerung seit Beginn des Befreiungskampfes ihren Kampf nie aufgegeben hat, kontrollieren unsere Widerstandskämpfer zwei von uns besetzte Gebiete in den Provinzen Dembos und Nambuangongo, die ungefähr 200 km von der Hauptstadt entfernt sind.

In Cabinda greifen unsere Kämpfer trotz der Schwierigkeiten, die auf die Bodenbe-

schaffenheit (Urwaldgebiet) zurückzuführen sind, den Feind ständig in zwei Zonen an, wodurch es ihnen gelingt, einen großen Teil des portugiesischen Militärpotentials in dieser kleinen Enklave festzuhalten.

Das dritte Gebiet, das die Provinzen Moxico und Kuando-Kubango umfaßt, befindet sich vollständig unter der Kontrolle der Befreiungskräfte. Unsere Kämpfer beherrschen uneingeschränkt dieses 300 qkm große Gebiet, wo sich die portugiesische Soldateska in vereinzelt Kasernen verschanzt hat und nur auf dem Luftwege miteinander Verbindung hält.

Das vierte Gebiet - Lunda und Malange - nördlich der Eisenbahnlinie von Benguela, auf welcher das Kupfer aus Sambia und Kongo-Kinshasa transportiert wird, steht nur teilweise unter unserer Kontrolle. Bei ihren Vorstößen in die reichen Baumwollgebiete und Diamantenfelder liefern die Befreiungskräfte nicht nur den Kolonialtruppen, sondern auch den ehemaligen Polizeikräften Katangas und den südafrikanischen Kommandos erbitterte Gefechte.

Das fünfte Gebiet - die Provinzen Bihe und Huambo - stellt auf Grund seiner Bevölkerungsstruktur und seiner ökonomischen Bedeutung das Herz des Landes dar. Unsere Kräfte haben 1970 dieses Gebiet erreicht, nachdem sie die strategischen Sperren durchbrochen hatten, welche von den Portugiesen auf dem gesamten Hochplateau errichtet worden waren.

Aber der Kampf beschränkt sich nicht nur auf die ländlichen Gebiete. Auch in den Städten entwickelt sich - von den Aktionskomitees ausgehend - die Mobilisierung der Bevölkerung. Gruppen der MPLA haben in Luanda mit Aktionen begonnen: Sabotageakte gegen die Erdölanlagen und gegen die Waffenlager, 1969 eine Flugzeugentführung nach Kongo-Brazzaville.

Dem Fortschreiten des Freiheitskampfes entsprechend entwickelt sich auch ein neuer Lebensstil. In den von uns kontrollierten Gebieten werden die Volksmacht errichtet und Selbstverteidigungsmilizen geschaffen. Zum ersten Mal in der gesamten Geschichte dieses Teils des Landes werden Gesundheitszentren, Schulen und Volksläden eingerichtet.

Der Freiheitskämpfer ist der Wegbereiter für die Selbstbestimmung des Volkes und eine nationale Kultur. Dort, wo der Kolonialismus die Bevölkerung in Unwissenheit und Armut,

ohne Schulen und Gesundheitsfürsorge gehalten hat, erschließt der Befreiungskampf den Weg zu Wissen und Technik. Lehrer, Krankenschwestern, Ärzte und politische Kader widmen sich im Rahmen unseres umfangreichen nationalen Wiederaufbauprogramms den sozio-kulturellen Aufgaben. Zehn revolutionäre Schulungszentren haben in den 5 Regionen der östlichen Front ihre Arbeit aufgenommen.

Ein Teil Angolas ist nicht länger ein Tummelplatz der unerbittlichen Kolonialausbeutung. Ein Teil des Landes wird zum ersten Mal frei. Hier werden die Grundlagen für einen Angolischen Staat geschaffen.

Wie hat die kolonialistische Militärführung reagiert?

Die Kolonialisten haben, nach der anfänglichen Überraschung und nachdem sie die Kontrolle über die Bevölkerungsmassen verloren hatten, nacheinander verschiedene Methoden angewandt. Angefangen von der Politik der verbrannten Erde durch systematischen Abwurf von Splitter- und Napalmbomben, gehen sie nach der Phase der Zusammenfassung der Bevölkerung in "strategische Dörfer" (Wehrdörfer) nun zur Politik der psycho-sozialen Rückeroberung durch die Korruption einzelner Angolesen über. Neuerdings setzen die portugiesischen Kolonialisten in krimineller Weise massenhaft chemische Entlaubungsmittel ein, welche die Felder zerstören. Unterdrückungsmaßnahmen werden von Kommandos durchgeführt, die mit Hubschraubern in die kontrollierten Gebiete einfliegen. In den Hochplateaus wurde eine Spezialeinheit eingesetzt, die unser Vordringen aufhalten sollte. Es handelte sich hierbei um eine bedeutende Konzentration militärischer Kräfte, die über alle Mittel verfügen, darunter Spezialeinheiten für Blitzaktionen, Einsatzkommandos und Wehrdörfer. All das genießt die zunehmende Unterstützung der südafrikanischen Truppen, denen eine Hubschrauberbasis in Cuito-Cuanavale zu Verfügung steht und die an den Offensiven der Kolonialisten teilnehmen.

Angesichts der Kampfkraft unserer Widerstandskämpfer und des wachsenden Bewußtseins unseres Volkes, das unter dem Banner der MPLA organisiert ist, erkennt die portugiesische Regierung die Schwierigkeiten, die sich nicht länger verbergen lassen: Die immer zahlreicher werdenden Desertionen sowohl bei den Soldaten als auch bei den Offizieren, die massenhafte Abwanderung von Arbeitern und

Kadern, welche die portugiesische Industrie und Wirtschaft vor erhebliche Probleme stellt, den bewaffneten Widerstand des Volkes gegen ihren Krieg. Eine empfindliche Folge dieser Situation ist die finanzielle Belastung, die dem portugiesischen Staatsbudget durch diesen Krieg aufgebürdet wird. Kurz gesagt: Das Caetano-Regime befindet sich in einer verzweifelter Lage.

Um dieser katastrophalen Lage Herr zu werden, betreibt die portugiesische Regierung ihre Politik auf zwei Ebenen: einerseits versucht sie Zeit zu gewinnen, indem sie eine Verzögerungstaktik betreibt, um sowohl die portugiesische als auch die Weltöffentlichkeit zu täuschen. In diesem Zusammenhang müssen die jüngsten Verfassungsänderungen gesehen werden, die darauf gerichtet sind, den derzeitigen "überseeischen Provinzen" den Status autonomer Gebiete zu gewähren, die später als Staaten angesehen werden könnten. Jedoch bleibt diese Autonomie wohlweislich eingeschränkt, denn die Bereiche der Verteidigung, der internationalen Beziehungen und der Gesetzgebung bleiben im wesentlichen in Händen der Portugiesen. Jedenfalls werden diese Verfassungsänderungen nur die Macht der portugiesischen Kolonialisten stärken, denn sie beherrschen auf lokaler Ebene die Wirtschaft. Zudem können sie den berechtigten Forderungen der angolesischen Bevölkerung und ihren unveräußerlichen Rechten auf nationale Unabhängigkeit nichts entgegenzusetzen.

Während die portugiesische Regierung für diese "autonomistische" Anwendung in der Öffentlichkeit Propaganda macht, weist sie die Gerichte an, die wegen "subversiver Tätigkeiten" angeklagten Kämpfer der MPLA abzuurteilen. Am kommenden 11. Februar wird in Lissabon ein Verfahren gegen zehn angolesische Nationalisten eröffnet, unter denen sich auch der Ehrenpräsident unserer Bewegung, der Pater Joaquim Pinto de Andrade befindet. Andere Nationalisten, die vor kurzem in Angola verhaftet worden waren, verbüßen Strafen im Zuchthaus von Tarrafal, ohne verurteilt worden zu sein.

Andererseits geht die portugiesische Regierung engere Bindungen mit den Ländern der NATO und mit Südafrika ein. Am vergangenen 22. November hat sich die Aggressivität der portugiesischen Kolonialisten und des imperialistischen Lagers insgesamt beim gleichzeitigen Angriff auf die Republik Guinea und die PAIGC deutlich gezeigt.

In Komplizenschaft mit Südafrika sabotieren und bedrohen die portugiesischen Kommandos ständig die Souveränität der Republik Sambia.

Tatsächlich handelt es sich um einen umfassenden Plan zur Vernichtung der nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika.

Um jedoch den gesamten Umfang des imperialistischen Plans zur Vernichtung der nationalen Befreiungsbewegungen besser erfassen zu können, ist es zweckmäßig, die von Südafrika gespielte Rolle deutlicher hervorzuheben.

Die Führer der Apartheid und Partner in dieser weitreichenden kontinentalen Verschwörung übernehmen selbstverständlich die Aufgabe, die den gesamten Süden Afrikas betreffenden Maßnahmen zu ergreifen. Denn Südafrika, das über ein sehr großes Wirtschafts-, Militär- und Energiepotential verfügt, vereinigt in sich alle zum Handeln erforderlichen Bedingungen und nimmt daher gegenüber den Nachbarländern die Stellung einer imperialistischen "Metropole" ein. Der expansionistische Drang ihrer Regierung hat eine politische und eine wirtschaftliche Komponente: Einerseits muß die Opposition gegen die Apartheid vernichtet und andererseits ein der industriellen Entwicklung entsprechender Absatzmarkt erschlossen werden. Ein Schriftsteller hat das ohne Umschweife ausgesprochen: "Die südafrikanische Republik beherrscht ein Drittel der afrikanischen Welt mindestens in gleicher Weise wie die Vereinigten Staaten den amerikanischen Kontinent beherrschen."

Parallel zur Propagierung der Apartheid hat die Regierung von Südafrika in jüngster Zeit das Verständnis gewisser afrikanischer Länder - der sogenannten "gemäßigten" - gewonnen, die bereits Kooperationsverträge aufsetzen oder zunächst den "Dialog" fordern.¹

Eine solche mit den Imperialisten abgesprochene Politik ist darauf gerichtet, die Einheit der afrikanischen Kräfte gegen die Apartheid zu schwächen und so den Widerstand der Befreiungsbewegungen im gesamten Süden des Kontinents zu untergraben. Mehr denn je fordert diese Unterstützung, die dem faschistischen südafrikanischen Regime regelrecht aufgedrängt wird, von uns die Verstärkung unserer revolutionären Beziehungen, um die Ausführung dieses imperialistischen Plans zum Scheitern zu bringen. Die Rassisten in Pretoria sind seit eh und je die natürlichen Verbündeten der Faschisten in Lissabon. Mit

der Ausweitung des bewaffneten Kampfes in Angola und Mocambique hat diese Beziehung in letzter Zeit auf wirtschaftlicher und insbesondere auf militärischer Ebene einen neuen Aufschwung genommen. Was unser Land anlangt, so kann auf wirtschaftlichem Gebiet beobachtet werden, wie südafrikanische Finanzgruppen sowohl in die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelindustrie als auch in den Kohle- und Erzbergbau immer stärker eindringen. Auf militärischer Ebene haben wir die Anwesenheit eines südafrikanischen Interventionskorps in Lumege, in der Provinz Moxico ausfindig gemacht, das in einem besonderen Lager stationiert ist und aus vier Kompanien von "Kommandos" besteht.

Dieses Bündnissystem wird von dem Staudamm-Projekt für den Fluß Kunene gekrönt, das für unser Land sein wird, was der Cabora-Bassa-Staudamm für Mocambique ist. So sieht die Herausforderung der "weißen Herrschaft" aus.

Die portugiesischen Kolonialisten werden wegen der Unterstützung, die sie genießen, und weil sie ihre Interessen in Angola wahren wollen, zu Tributpflichtigen der Südafrikaner. Hieraus entstehen jedoch Widersprüche angesichts der Möglichkeit, daß die durch die Regierung in Pretoria repräsentierte Macht Portugal vertreiben könnte.

Die Minderheit der Weißen in Angola, die sich durch die Existenz der südafrikanischen "Metropole" stark fühlt und die durch das Beispiel Rhodesiens ermutigt wird, könnte möglicherweise auf eine Sezession hinarbeiten, um den politisch-ökonomischen Zustand der Unterdrückung unseres Landes Dauerhaftigkeit zu verleihen.

Es ist also unser Recht, die Grundlage dieser Herrschaft zu zerstören, indem wir den Volkskrieg bis zu seinen letzten Konsequenzen durchführen, d.h. das portugiesische Kolonialsystem vernichten.

Was uns, die Avantgarde des angolischen Volkes, anbetrifft, so sind unsere Ziele und Positionen klar: auf nationaler Ebene wollen wir eine Stärkung unserer gesellschaftlichen Strukturen, die Ausdehnung des bewaffneten Kampfes, die Ausweitung der Kampfgebiete, die Mobilisierung aller sozialen Schichten in den ländlichen und in den städtischen Gebieten, kurz, die Konsolidierung unserer politisch-militärischen Strukturen im gesamten Land, andererseits Wachsamkeit gegenüber allen Machenschaften der faschistischen Caetano-Regie-

rung.

Um die imperialistischen Ambitionen Südafrikas abzuwehren, beabsichtigt die MPLA, die Zusammenarbeit mit ihren natürlichen Verbündeten in den portugiesischen Kolonien zu verstärken, nämlich mit der PAIGC und der FRELIMO, sowie mit den südafrikanischen Bewegungen der ANC, der ZAPU und SWAPO.)

Der Imperialismus selbst hat uns gelehrt, daß unser Kampf auf kontinentaler Ebene ausgetragen wird. Die Stellungnahme unserer Nachbarländer - Kongo-Brazzaville und Sambia - deren Regierungen die MPLA tatkräftig unterstützen und deren Völker die Kriegsanstrengungen teilen, bedeutet eine wertvolle Unterstützung unseres nationalen Befreiungskampfes. Es ist zu wünschen, daß alle afrikanischen Staaten - in ihrem eigenen Interesse am Überleben - die Hilfe für die Befreiungsbewegungen unmittelbar und durch die OAU² verstärken.

Wir sind objektive Verbündete aller Organisationen, die an anderen Fronten den Imperialismus bekämpfen. Wir stehen fest an der Seite der Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha sowie an der Seite des arabischen Volkes in Palästina und all derer, die in Lateinamerika den Imperialismus bekämpfen.

Wir sind für die tatkräftige Solidarität aller sozialistischen Länder und der fortschrittlichen Kräfte der Welt als Bestandteil des antiimperialistischen Kampfes dankbar. Aber diese Solidarität muß im Hinblick auf unseren territorialen Erfolg, auf die Aggressivität des Imperialismus und schließlich im Hinblick auf unsere gemeinsamen Hoffnungen verstärkt werden.

[...]

(Quelle: hektographiertes Material einer Pressekonzferenz der MPLA in Algier vom 21.1.1971)

Anmerkungen:

- 1 Vor kurzem sind z.B. die Regierungen der Staaten Elfenbeinküste, Madagaskar und Ghana mit der Absicht an die Öffentlichkeit getreten, den "Dialog" mit Südafrika zu suchen.
- 2 Organisation für Afrikanische Einheit

ÄGYPTEN

Im Folgenden bringen wir eine Analyse des sowjetischen Journalisten G. Mirsky über die Veränderungen, die sich innerhalb der ägyptischen Regierung und der sie stützenden sozialen Schichten besonders seit dem Aggressionskrieg Israels im Jahre 1967 vollzogen haben. Diese Analyse behandelt bestimmte Probleme wie z.B. die Rolle des Militärs und der Bürokratie, die Mobilisierung der werktätigen Bevölkerung bei der Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben, mit denen sich Ägypten, das den nicht kapitalistischen Weg der Entwicklung und der Industrialisierung geht, auseinandersetzen muß.

G. MIRSKY:

DIE "NEUE REVOLUTION" IN DER VAR

In den letzten Monaten wurde die "neue Revolution" in der VAR ausgedehnt kommentiert. Manche verbinden ihren Beginn mit den turbulenten Ereignissen während und nach der israelischen Aggression im Juni 1967; andere mit dem "Programm des 30. März", das von Präsident Nasser an eben diesem Datum in einer Rundfunkrede bekanntgegeben wurde. Es besteht auf jeden Fall einhellige Meinung darüber, daß die ägyptische Gesellschaft in ein neues Entwicklungsstadium eingetreten ist. Um dieses Stadium zu begreifen, ist eine Rückschau auf die Entwicklung seit der "zweiten Revolution" (1961) notwendig.

I.

Die ägyptische Revolution vom 23. Juli 1952 war Resultat einer antiimperialistischen und wegung und hatte einen imperialistischen und antifeudalen Charakter. Zu Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren die Voraussetzungen für die Revolution durchaus gegeben, aber es existierte keine politische Organisation, die sie hätte führen können: die bürgerlichen Parteien waren korumpiert und hatten sich durch ihre Verbindungen zum "Pascha Regime" diskreditiert. Das Proletariat war schwach und zersplittert. Lediglich die Armee, oder, um exakt zu sein, die Geheimorganisation der Offiziere war in der Lage, die Führung zu übernehmen und den Sturz der feudalen Monarchie zu organisieren. Die revolutionäre Militärregierung erkannte sofort die Unmöglichkeit, die alten politischen

Strukturen beizubehalten, deren wesentliche Elemente den Interessen von Großgrundbesitzern, Finanz- und Industriekreisen entsprachen. Diese hätten zweifellos versucht, alle Errungenschaften der Revolution zu zerstören. Auf der schmalen, aber zuverlässigen Basis der Armee wurde eine Militärregierung errichtet. Dies hatte bis heute entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der ägyptischen Revolution.

Die Aktionen der Imperialisten zur Behinderung der neuen, unabhängigen ägyptischen Außenpolitik, der offen antiägyptische Bagdad Pakt, Dulles' Erpressung im Zusammenhang mit dem Assuan Damm Projekt, dies alles veranlaßte die Militärregierung dazu, eine sicherlich radikalere antiimperialistische Haltung einzunehmen als ursprünglich beabsichtigt. Washingtons reaktionäre Politik wirkte als Katalysator für die Kette von Ereignissen, die zu Verstaatlichung der Suez-Kanal Gesellschaft 1956 und später zur Enteignung ausländischen Eigentums führte. Zu dieser Zeit gab es keinerlei sozialistische Tendenzen in der ägyptischen Führung; sie reagierte lediglich im Einklang mit ihrem Verständnis vom nationalen Interesse und von der Würde des ägyptischen Volkes auf den Druck und die Diktate der Imperialisten. Das Regime war weiterhin streng nationalistisch und hatte ein vages sozio-ökonomisches Programm mit ausgesprochen antif feudalem Charakter. (Es war keineswegs zufällig, daß die einzige soziale Umwandlung, die nach der Revolution von 1952 stattfand, die Bodenreform war. Man hatte aber eindeutig die Absicht, Privatkapital als Hauptmittel für die Industrialisierung des Landes einzusetzen. Der einzige Ausweg aus der extrem schwierigen ökonomischen und sozialen Situation war die beschleunigte Industrialisierung. Es möge der Hinweis genügen, daß 37% der ländlichen Bevölkerung keine feste Stellung hatten, daß die Städte überbevölkert waren von jenen, die, um dem Verhungern zu entgehen, die ländlichen Gebiete verlassen hatten und nun von den wenigen Arbeitsplätzen abhängig waren. (Vgl. H. Riad, L'Egypte Nasserienne, Paris, 1964, S. 41 und S. 60)

Die Bevölkerung wuchs jährlich um 800 000 Menschen.

Die militärischen Führer erkannten den Ernst der Lage und machten zahllose Konzessionen an das Privatkapital, um es für die Industrie nutzbar zu machen. Aber eine abschlie-

Sende Analyse zeigt, daß dieser Weg nur Enttäuschungen brachte. Das Wachstum der industriellen Produktion war viel zu langsam, die Summe der Investitionen in die Industrie sank von 26,2 Millionen ägyptischen Pfund im Jahre 1956 auf 12,9 Mio. ägyptische Pfund 1957. Der ägyptische Wissenschaftler A. Abdel-Malek erklärt diese Tatsache aus der "großen Angst der besitzenden Klassen zur Zeit der Suez-Krise". (A. Abdel-Malek, *L'Egypte, société militaire*, Paris, 1962, S. 103)

Angst wovor?

Obwohl die Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft, d.h. die Befreiung der Wirtschaft von ausländischer Kapitalabhängigkeit, im wirtschaftlichen Interesse der ägyptischen Bourgeoisie lag, so scheint doch die Welle der Verstaatlichungen zwischen 1956 und 1957 für den Konflikt zwischen Militärregime und nationaler Bourgeoisie verantwortlich zu sein. Tatsächlich war dies ein entscheidendes Moment dafür, daß sich die VAR auf den Weg der nicht-kapitalistischen Entwicklung begab.

Vertrauen in die Staatsgewalt ist ein wesentlicher Faktor für die Aktivität des Privatkapitals. Rein ökonomische und finanzielle Vorteile garantieren, solange keine Zukunftssicherheiten gegeben sind, keine Aktivität der Privatwirtschaft. Privates Kapital ist untrennbar mit dem Markt verbunden, und jede Kapitalinvestition ist ein Risiko. Kein ökonomischer Vorteil, ganz zu schweigen von patriotischen Slogans, werden den Kapitalisten zur Investition veranlassen, solange er das Gefühl hat, das Risiko überschreite das "maximal erlaubte" Maß. Als die ägyptischen Kapitalisten sahen, wie leicht und gelassen die Nasser Regierung ausländisches Eigentum verstaatlichte, gerieten sie in Panik. Hätten sie ihre eigenen Leute in der Regierung gehabt, wäre die Besorgnis geringer gewesen, aber das Militärregime behielt das Machtmonopol. Obwohl den Kapitalisten Privilegien zugestanden wurden, war ihnen die Teilnahme an der Regierung verwehrt. Händler und Industrielle wurden bei der Planung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht länger konsultiert. [...] Obwohl das ökonomische Klima günstiger wurde, rief die Regierungspolitik Unsicherheit hervor. "(P.O. Brian, *The Revolution in Egypt's Economic System*, London, 1966 S. 314. Genau das gleiche passierte übrigens auch in Syrien, als die linken Baathisten an die Macht kamen.) Ausländische Kapitalisten trauten der revolutionären Regierung noch weniger, obwohl auch ihnen nach der Revolution beträchtliche

Privilegien konzidiert wurden. J. und S. Lacouture bemerkten, "daß ausländisches Kapital rückläufig war, noch bevor die Suezkanalgesellschaft verstaatlicht wurde ... Der westliche Kapitalismus ließ im Umgang mit dem Militärregime Vorsicht walten." (J.u.S. Lacouture, *L'Egypte en mouvement*, Paris 1966, S. 348)

Entgegen allen Erwartungen förderte die Bodenreform nicht den Kapitalfluß in die Industrie. 1955 z.B. wurden im landwirtschaftlichen Bereich 45 Mio. ägyptische Pfund freigesetzt, aber nur 6 Millionen für die Industrie aufgebracht. (Vgl. A. Abdel-Malek, op.cit., S. 81) Geschäftsleute investierten vor allem im Baugewerbe: 1956 erreichten diese Investitionen 75,8% der gesamten Privatinvestitionen (Ebd.) In den folgenden Jahren änderte sich nichts. 1968 flossen dem Baugewerbe über 75% der gesamten Privatinvestitionen zu. In ökonomisch rückständigen Gebieten bringt dies weit größere Profite als Investitionen in der Industrie. Daneben veranlaßte die Erwartung, daß die Regierung früher oder später Fremdkapital enteignen und die Privilegien der einheimischen besitzenden Klassen schmälern würde, die ägyptischen Geschäftsleute dazu, das Eisen zu schmieden, solange es noch heiß war. Und so investierten sie das Geld dort, wo der größte Profit in kürzester Zeit zu erwarten war.

Die Geschäftsleute ruinierten die Währung; sie verschoben Millionen Pfund in westliche Metropolen. Dieser Kapitalabfluß wurde zwischen 1959 und 1960 ein akutes Problem. Private Gesellschaften sicherten sich heimlich Einflußbereiche, um sich nicht gegenseitig beim Erringen von Regierungsaufträgen in die Quere zu kommen. Sie trafen Absprachen über die Höhe der Profite, die die staatlichen Gesellschaften abwerfen sollten. Sie erprobten alle Arten zweifelhafter Geschäfte. Die Bourgeoisie florierte und wurde reich. Das Anwachsen ihrer ökonomischen Macht stand allerdings in scharfem Gegensatz zu ihrem politischen Einfluß beim Entscheiden nationaler Geschicke. Als Ergebnis war zu erwarten, daß Verschwörungen gegen die Regierung geplant würden, da der Nährboden für Opposition vorhanden war. Die Regierung sah ein, daß sie sich die unlösbare Aufgabe gestellt hatte, das nationale Kapital zur Modernisierung und Industrialisierung des Landes zu fördern, ohne ihm politische Kontrolle zuzugestehen. Es wurde offensichtlich, daß, wenn eine mächtige Klasse von Privateigentümern im Lande existiert, man diese von der Beteiligung an

der nationalen Politik nicht fernhalten kann. Diese Tatsache wurde später durch die Ereignisse in Syrien und Burma bestätigt.

Die Aktionen der ägyptischen Bourgeoisie waren unvereinbar mit den Zielen der nationalen Entwicklung, die die Militärregierung anstrebte. Als die revolutionären Führer diese Diskrepanz feststellten, standen sie vor der Alternative, entweder die Industrialisierung durchzuführen und einen steilen Anstieg des Nationaleinkommens zu sichern, oder den Bankrott zuzulassen. So sah die Situation für die militärische Führung aus. Die Bourgeoisie war ein Hindernis und mußte ausgeschaltet werden. Es gab weder moralische noch ökonomische Gründe, die dagegen sprachen, zumal die regierenden Männer aus dem Kleinbürgertum stammten und keine Verbindung zum Großbürgertum hatten.

Im Februar 1960 begann der Regierungsangriff auf die Positionen des Großkapitals, und zwar zunächst mit der Verstaatlichung der Misr Bank, einer Zitadelle der ägyptischen Bourgeoisie. Al Ahram schrieb, daß die Misr Bank eine Monopolstellung inne hatte und die Gefahr drohte, daß sie "ihre Herrschaft auf die Staatsgewalt ausgedehnt würde." (Zit. n. A.Abdel-Malek, op.cit. S.136)

Hierin liegt die Quintessenz des Problems. Das Großbürgertum war ökonomisch so stark, daß es unvermeidlich versucht hätte, die Kontrolle über den Staat zu gewinnen. Die Regierung holte zu einem Präventivschlag aus. Beginnend mit der Misr Bank, verstaatlichte Nasser alle Banken und Versicherungen, 44 Industrie- und andere Betriebe (im Juli 1961), den Außenhandel, die Handelsflotte usw. Diese Maßnahmen, die offiziell als "sozialistische Erlasse" proklamiert wurden, leiteten die "zweite Revolution" ein.

Ähnlich wie einige Jahre zuvor die Großgrundbesitzer und ihre politischen Repräsentanten - die Politiker der alten Epoche - entfernt worden waren, kam nun, 1961, die Reihe an die Bourgeoisie. Besitz im Werte von 1.000 Mio. ägyptische Pfund wurde enteignet. Man brandmarkte die bürgerliche Elite als "Feinde des Volkes" und isolierte sie, d.h. man nahm ihnen ihre politischen Rechte. Khaled Mohei el-Din, ein bekannter progressiver Ägypter, schrieb: "So gelangte Präsident Nasser zu der Überzeugung - und zwar vom pragmatischen als auch theoretischen Standpunkt her -, daß es unmöglich war, dem kapitalistischen Weg zu folgen, und daß der Ent-

wicklungsplan nur mit sozialistischen Methoden realisiert werden konnte." (Zit. nach African Communist, Nr. 27, S. 49) Man brauchte eine Theorie, um den Weg, den die Revolution beschritten hatte, zu untermauern. Es war ein Stadium erreicht, wo die Theorie für die Revolution notwendig wurde. Ägypten ist ein interessantes Beispiel für eine Revolution, in der die Praxis der Theorie vorausseilt. Die Führung sah die Notwendigkeit einer theoretischen Fundierung ihrer Aktionen, nachdem die entscheidenden Schritte bereits unternommen waren.

Da diese Maßnahmen gegen die ausbeutenden Klassen - Großgrundbesitzer und Bourgeoisie, die die Revolution behinderten - gerichtet waren, konnte es nur eine theoretische Basis für die Politik geben - den Sozialismus. Eine Massenorganisation, die sozialistische arabische Union (ASU) wurde gegründet. Mindestens 50% ihrer Vertreter mußten Bauern und Arbeiter sein. Der Kongreß der Volksbefreiungskräfte, der im Sommer 1962 stattfand, billigte die "Charta der nationalen Aktionen", die den sozialistischen Weg zur Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit Ägyptens als "historisch notwendig" proklamierte.

II.

Diese Charta war ein revolutionär-demokratisches Programm, das die antikapitalistischen Maßnahmen theoretisch untermauerte. Die traditionelle Ausbeuterklasse - Grundbesitzer und Bourgeoisie - verlor politischen Einfluß und wurde aus ihren Positionen entfernt. Dies bedeutete jedoch nicht, daß man diese Klassen liquidierte, und auch nicht, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgehört hatte und sozialistische Produktionsverhältnisse im Lande geschaffen worden waren.

Etwa 60% der arbeitsfähigen ägyptischen Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Von da her hängt die Entwicklung der Revolution in hohem Maße von den Kräfteverhältnissen in den ländlichen Gebieten ab. Wie war nun die Lage nach der zweiten Bodenreform, die den erlaubten Höchstbesitz von 200 (nach dem Gesetz von 1952) auf 100 feddans (ca. 40 ha.) beschränkte? 1964 machten die Kleinbauern, die weniger als 5 feddans besaßen, 94,1% aller Grundbesitzer aus, und verfügten über 52,1% des Bodens; die entsprechenden Zahlen für mittlere Bauern (5 bis 50 feddans) waren 0,4% und 15,2%. Großgrundbesitzer gab es nicht mehr. (De-

Die Anzahl der oberen Mittelbauern (20 bis 50 feddans) stieg im Laufe von 12 Jahren von 22.000 auf 29.000. (Democratie Nouvelle Nr. 2/1968, S. 101) Weiteren Angaben zufolge stieg die Zahl der Mittelbauern (10 bis 25 feddans) am schnellsten. Die Zeitung Al - Tali'a, Organ der ASU, bezeichnete sie als Kulaken. Im Großen und Ganzen kann man sagen, daß heute im wesentlichen die Landwirtschaft der Nährboden des ägyptischen Kapitalismus ist. Die Mittelbauern, die unzweifelhaft von der Agrarreform am meisten profitieren, sind das privatkapitalistische Element des Landes. Die 11.000 Grundbesitzer und Zehntausende von Bauern, die nach der zweiten Bodenreform weiterexistieren, kontrollierten die ägyptischen Landgebiete. Dorfälteste und Polizei waren ihnen untergeben. Die Ausbeutung der Pächter ging weiter; sie wurde mit allen möglichen ungesetzlichen Methoden unterdrückt. Nach einer Erhebung der Kairoer Wochenzeitung Rose el Yussef, beherrschten die reichen Bauern die Genossenschaften, die nach der Enteignung der Großgrundbesitzer gegründet worden waren; Wucher blühte. (Rose el Yussef vom 10. und 24.6.1968) H. Issa beschrieb eine reiche Familie, unter deren Mitgliedern sich folgende Personen befanden: der Dorfälteste, sein Assistent, seine 4 Exekutivbeamten, der Polizeichef, der Sekretär des Lokalkomitees der ASU, dessen Stellvertreter sowie 18 von insgesamt 22 Komiteemitgliedern, 10 Angehörige des Landrats, sein Vorsitzender und Genossenschaftssekretär. (Democratie nouvelle, Nr. 2/1968, S. 89) Hier handelt es sich natürlich um einen außergewöhnlichen Fall, aber es sollte erwähnt werden, daß das Gesetz, das all jene, die weniger als 25 feddans besitzen, als Kleinbauern betrachtet, reiche Grundbesitzer, Kulaken und sogar Großgrundbesitzer in die Lage versetzt, Schlüsselpositionen auf dem Lande einzunehmen.

Es gab Fälle, in denen Großgrundbesitzer den Landarbeitern nur einen anstelle der 25 gesetzlich vorgeschriebenen Piaster zahlten. Mit Hilfe von allen möglichen Tricks behielten sie wesentlich mehr Land, als ihnen zugestanden worden war. (Es gab Familien, die 500, ja sogar 2.000 feddans besaßen). Man fälschte Dokumente, man setzte Strohmänner ein usw. An einigen Orten verwalteten Dorfälteste und Scheiche die Justiz und verhängten Strafen über die Bauern wie in alten

Diese Klasse begann, sich mit einer "Neuen Bourgeoisie" in den Städten - einer Klasse, die kürzlich in der ägyptischen Presse häufig diskutiert wurde - zu verbinden. Khaled Mohei el-Din erklärt "die Entstehung neuer sozialer Gruppen von Unternehmern, Verwaltungsbeamten usw." durch die weitgehende "Unfähigkeit des öffentlichen Sektors, seinen Bedarf zu decken, bzw. die erforderlichen Spezialisten und Manager zu finden. "Khaled Mohei el-Din spricht von Bestechung und Preisinflation bei landwirtschaftlichen Produkten; er stellt fest, daß "die Bedingungen wie geschaffen sind für das Entstehen extrem reicher Gruppen." (The African Communist, op.cit)

Die besondere Entwicklungsart des Landes in den letzten Jahrzehnten war die objektive Basis für die Entstehung der neuen privilegierten Schicht: nämlich die rapide Industrialisierung und das enorme Wachstum des öffentlichen Sektors auf der einen - und die Möglichkeit privater Kapitalakkumulation auf der anderen Seite. Die VAR wurde ein agrarisch-industrielles Land: die Industrie erzeugt inzwischen 50% des Bruttosozialprodukts. Innerhalb von 5 Jahren entstanden 750.000 neue Arbeitsplätze in der Industrie. Der Dienstleistungssektor wuchs erheblich; der Hausbau machte gewaltige Fortschritte. 1963 erreichte die Anzahl der Beschäftigten im staatlichen Behördenapparat 1,2 Millionen. (Times of India vom 5.9.1963) Es bildete

sich eine neue Schicht heraus, die als "tabakat al mudirin", die Managerklasse, bezeichnet wurde. Die Gehälter dieser Manager wurden zwar ständig gekürzt, aber sie verdienten immer noch bis zu 3.000 ägyptische Pfund im Jahr; nach Abzug der Steuern blieben ihnen jährlich 1.000 ägyptische Pfund. Seit dem industriellen Privatunternehmertum ein Riegel vorgeschoben worden war, wurde das Geld für Konsumgüter ausgegeben. Insbesondere für langlebige Konsumgüter. Knappheiten dieser Güter führte zu Konsumfieber, Spekulationen usw. Auf der anderen Seite "verliehen" viele Beamte Gelder gegen Zinsen bis zu 50% bzw. 60% jährlich an Privatleute, insbesondere an Architekten, die nur unter Schwierigkeiten vom Staat Kredite erhielten. (Democratie nouvelle, op.cit. S. 93 f). Viele Beamte kaufen Land in Vorortgebieten, pflanzen Obst und legen Gemüsegärten an, usw. Ein Autor aus den USA berichtete, daß es in Ägypten Unmengen von

"versteckten Geldern" gab, trotz der Regierungsanstrengungen, diese Gelder in "gesellschaftlich nützliche" Bereiche zu leiten. Als es schwieriger wurde, Geld ins Ausland zu transferieren, wurden private Gelder in große Bauprojekte investiert, und zwar in staatliche und private Bauten. (Vgl. Ph. Dorn, Egypt's Paralyzed Revolution in New Leader, 30.1.1967)

Nasser zufolge führten private Unternehmer 60% aller Bauten im Lande durch, und Großhändler verdienten täglich Tausende ägyptische Pfund. Hierbei handelte es sich nicht um die alte "traditionelle Bourgeoisie", die ihre Fabriken nach 1961 verloren hatte. Diese Emporkömmlinge, die aus der Konsumwelle und dem Baufieber sowie aus der geringen Rentabilität einiger staatlicher Unternehmen Kapital schlugen, profitierten von der Distribution der Produkte staatlicher Unternehmen. Sie knüpften Kontakte, verbündeten sich sogar mit einem Teil der hoch bezahlten Staatsbeamten sowie mit der wachsenden ländlichen Bourgeoisie und bildeten auf diese Weise den Kern der neuen privilegierten Schicht, die ein parasitäres "Dolce Vita" führte, was die Unzufriedenheit der verarmten Bevölkerungsmasse provozierte.

Selbstverständlich erschien ihnen die Aussicht auf eine sozialistische VAR äußerst unangenehm, und diese Haltung teilten die mächtigen ägyptischen Bürokraten mit ihnen.

Ihrem Inhalt nach war die Revolution von 1952 eine tiefgreifende antiimperialistische nationaldemokratische Revolution und ihrer Form nach ein militärischer Staatsstreich. In dieser Zeit gab es für die "Freien Offiziere" niemanden, auf den sie sich stützen konnten, außer der Armee. Auch in späteren Jahren konnten sie keine echte Massenbasis gewinnen; sie waren unfähig, die schöpferische Energie der Massen zu wecken, und deshalb mußten die Militärs alle revolutionären Maßnahmen mit dem alten bürokratischen Apparat durchführen. Das Personal, das unmittelbar mit diesen Maßnahmen betraut wurde, war im Wesentlichen dasselbe, das der Apparat vor der Revolution besetzt hatte.

Es galt, eine neue Generation von Beamten zu erziehen, die bürgerlichen Anschauungen widerstehen und mit den Traditionen brechen würde; und es galt ferner, die breite Teilnahme und Initiative des Volkes zu wecken, um diesen Apparat radikal zu erneuern. Aber niemand unternahm Anstrengungen in dieser

Richtung, da es keine progressive Partei und keine sozialistische Gesellschaftsführung gab. Muhammed Oda, ein ägyptischer Journalist, schrieb in der "Al-Gumhuria", daß die politische und ideologische Arbeit vollständig vernachlässigt würde. Administrative Methoden standen im Vordergrund. Der Staat handelte im Namen der Massen - aber nicht mit ihnen gemeinsam. Es lag nicht nur daran, daß die Leute des "alten Regimes" einige Positionen behielten; im Laufe der Zeit wurden die Beamten der vorrevolutionären Zeit ausgetauscht, aber die neuen Bürokraten unterschieden sich von ihnen im wesentlichen nur durch das Alter. Die bemerkenswerte und typische Fähigkeit jeder Bürokratie, sich selbst zu reproduzieren, behauptete sich mit besonderer Intensität in Ägypten. Die meisten Beobachter stimmen darin überein, daß die ägyptische Bürokratie ineffektiv, träge und anmaßend ist: daß sich in ihr die übelsten Züge früherer Paschas und Effendis sowie Verachtung des einfachen Volkes, Egoismus und Geldgier wiederfinden. Der Bürokratismus ist in den ägyptischen Institutionen sprichwörtlich geworden. Präsident Nasser sagte selbst: "Manchmal muß jemand 20 Unterschriften einholen, ehe er die Erlaubnis für irgendetwas erhält." Er erwähnte den Fall, in dem eine teure Krankenhausausrüstung nicht beschafft werden konnte, weil niemand das Recht hatte, die Ausgabe einer kleinen Summe, die für die Installation notwendig war, zu genehmigen.

Gesellschaftlich standen diese Leute der "neuen Bourgeoisie" viel näher als den Arbeitern. Sie hassten den unverfälschten Sozialismus und natürlich die Marxisten, die Träger der echten sozialistischen Ideologie. Als die Kommunisten aus den Gefängnissen entlassen wurden, war die konservativ-bürgerliche Bürokratie aufgebracht. Die reaktionären Beamten einschließlich der Polizei sabotierten die Politik des Präsidenten gegenüber den Linken und versuchten, die Marxisten an der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu hindern.

"Der Regierungsapparat", stellte Nasser fest, "ist nicht ausreichend entwickelt, um der Gesellschaft zu dienen. Er betrachtet sich immer noch als über dem Volke stehend, er übt Macht aus und will nicht erkennen, daß er den Massen dienen muß." (Al Ahram vom 27.3.1964)

Die Militärbürokratie war konstituierender Bestandteil des Regierungsapparates. Meyer-

Ranke schrieb: "Die Militärs bilden die Spitze der gesellschaftlichen Pyramide. Sie sind Personal und Elite zugleich. Sie sind Direktoren im ökonomischen Bereich, regieren den Suezkanal und managen die Entwicklung der Wüste. Die Gouverneure aller 24 Provinzen sind Offiziere der Armee oder der Polizei, 90% der Botschafter entstammen dem Offizierskorps. Natürlich tragen sie in zivilen Berufen keine Uniform, aber sie sind es, die die moderne Militärkaste ausmachen ... Sie haben mehr Einfluß und Privilegien als der Rest der ägyptischen Bevölkerung. Offizieren ist es nicht gestattet, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, damit sie nicht in Uniform in überfüllten Bussen herumgestoßen werden. Ihnen stehen Transporteinrichtungen der Armee zur Verfügung ... Sie haben ihre Klubs in Kairo und Alexandria. Sie werden besser bezahlt als andere Ägypter in gleichen Berufen. Ein Leutnant verdient 25 bis 30 Pfund im Monat, während ein junger Mann mit Universitätsdiplom, der im Regierungsamt seine Laufbahn beginnt, nicht mehr als 18 Pfund verdient." (P.Meyer-Ranke, Der rote Pharao, Hamburg 1964, S. 64). Die Militärs erhielten im Ausland 5 mal höhere Gehälter als zu Hause. Zu Hause billigte man ihnen einen besonders hohen Betrag für Lebenshaltungskosten zu. Zivilisten erhielten keine derartigen Gehälter. Für Offiziere wurden besondere Wohneinheiten gebaut. Außerdem konnten sie Haushaltsgegenstände um 30% verbilligt einkaufen. (Le rôle extra-militaire de l'Armée dans le tiers monde, Paris 1966, S. 126)

Da die ägyptischen Militärführer mit Hilfe der Armee an die Macht gekommen waren, und ihnen ihre Bedeutung klar war, da es ferner keine starke politische Massenorganisation gab, auf deren Unterstützung sie rechnen konnten, behielten sie die den Offizieren von der Monarchie gewährten Privilegien bei, bzw. vermehrten sie sogar, in der Absicht, sich die Armee als Hauptunterstützung zu sichern. Aber das Sein bestimmt das Bewußtsein und Privilegien bewirken eine Veränderung des psychologischen Make-Ups. Aus vielen jungen revolutionären Offizieren wurden allmählich bürgerliche Bürokraten und Mitglieder der privilegierten Militärkorporation. Sie bauten Villen und eröffneten Bankkonten auch bei ausländischen Banken. Als die sozialen Motive der Revolution stärker betont wurden, begannen diese Leute, Unzufriedenheit zu äußern. Nach Belyayew und Primakov, zwei sowjetischen Autoren, pro-

testierten 1961 Armeepiloten (die gewöhnlich aus mehr oder weniger gutsituierten Familien stammen) öffentlich, als Nasser seine "sozialistischen Erlasse" gegen die Preise der "Rettich und Salatverkäufer" veröffentlichte.

Von Zeit zu Zeit wurde die Rangfolge der Offiziere erneuert, aber die Bürokratisierung und der Verbürgerlichungsprozeß überholte die Neuerungen. Einige Führer glaubten offenbar, daß die Regierung, je umfassender sie soziale Reformen durchführte, desto stärker mit der Gegnerschaft der Offiziere zu rechnen hätte, und daß deshalb die Privilegien um deren Loyalität zu erhalten, erweitert werden müßten. Das Ergebnis dieses Teufelskreises war, daß einige hohe Offiziere, die die Revolution nicht billigten und in den Reformen einen Angriff auf ihre Privilegien sahen, einen günstigen Moment abwarteten, um sich gegen die Führung zu erheben, von der die militärische Bourgeoisie glaubte, sie habe sich zu weit nach links bewegt.

In der Armee wurde keine politische Arbeit geleistet; es gab auch keine Gruppen der ASU, und Angehörige der Streitkräfte konnten nicht Parteimitglied werden. Die konservativen Offiziere haßten geradezu die Idee, eine Partei mit sozialistischer Führung zu gründen. (In den letzten Jahren hatten Regierungsführer häufig davon gesprochen.)

Nach Heikal, dem Herausgeber der Zeitung Al-Ahram, sorgten sich die Machtzentren und staatlichen Kontrollorgane um ihre eigenen Interessen, und wenn eine Massenbewegung entstand, so nicht durch sie, sondern trotzdem. (VAR: Economist Intelligence Quarterly, Nr. 4/1967, S. 5)

In einem Artikel schrieb Heikal über die "Machtgruppen", die "die Verwaltung vollständig kontrollierten." Diese Termini "Machtzentren" und "Machtgruppen", sowie "pressure groups" wurden in der VAR bis zum 6-Tage-Krieg nie verwendet. Sie wurden erst erwähnt, nachdem diese Gruppen nach den Ereignissen vom Juni 1967 ausgeschaltet worden waren. Da nämlich stellte sich heraus, daß diese "Zentren" und Gruppen allmächtig gewesen waren. Einige ägyptische Autoren schrieben sogar, daß es bis zum Juni 1967 eine "Doppelherrschaft" gegeben habe. (Democratie nouvelle, op.cit., S. 96) Die "zweite Macht", oder das "parallele Machtzentrum", wie die ägyptische Presse es nannte, wurde von Marschall Amer geleitet. Sein Stab, der militärische Geheimdienst und die Staatssicherheitsstellen

waren die "pressure groups", die die Kontrolle über den Präsidenten anstrebten.

Bei dem Prozeß gegen die Verschwörer im Frühjahr 1968 sagte der ehemalige Kriegsminister Badran, daß, als Präsident Nasser 1962 Amers Rechte bezüglich der Einstellung von Armeepersonal beschneiden wollte, dieser mit dem Rücktritt drohte. Die "Doppelherrschaft" dauerte an. General Sherid sagte vor Gericht, daß er während der Juniereignisse Badran in einem Telefongespräch mit Nasser habe sagen hören, er sei stark genug, falls erforderlich, einen Staatsstreich zu wagen, ohne dabei von seinem Sessel aufstehen zu müssen. (Le Monde vom 28.2.1968)

"Es gab viele, die, wenn schon keine militärische Niederlage, so doch zumindest ein Versagen wünschten, um den Rais (Nasser) zum Rücktritt zu zwingen", schrieb Rouleaut, der Le Monde Korrespondent im Zusammenhang mit den Juni-Ereignissen. (Zitiert nach Democratie Nouvelle, op.cit. S. 97)

Issa schreibt:

Während des 6-Tage-Krieges opponierte die "neue Klasse" gegen Nasser, und ihre Vertreter kamen in den Lobbies in Kairo zusammen, um eine neue Regierung zu bilden. Die Listen über die Zusammensetzung der neuen Regierung waren schon lange vorher zusammengestellt worden. In jeder Hinsicht hatte die Partei aufgehört zu existieren; ihr Apparat war paralysiert. Aber es gab das Volk. Millionen jener Menschen, über deren Trägheit und politische Interesselosigkeit so viel gesagt worden war, drängten sich in den Straßen und verlangten Mitspracherecht. ... Die Bewegung vom 9. und 10. Juni war eine oppositionelle Bewegung gegen die neue Klasse und ihr System. Diese anwachsende Bewegung wird die langjährigen Hoffnungen der Partei erfüllen. Ihr Führer wurde schon von den Massen gewählt. - Es ist Nasser - " (Ebd.)

Die Militärelite wurde aus den leitenden Positionen entfernt, aber die bürgerliche Militärbükratie holte - lediglich verwundet - zu einem Gegenschlag aus. Amers Verschwörung wurde ausgeheckt, in der Badran und Salakh Nasr, die ehemaligen Führer des militärischen Geheimdienstes, eine Schlüsselrolle spielten. Die Verschwörung wurde aufgedeckt und Nasser sagte: "Allah sei Dank; die Streitkräfte stehen jetzt dort, wo sie hingehören."

In seiner Rede in Helwan äußerte Nasser im März 1968: "Es gab eine Gruppe von mili-

tärischen Politikern. ... Für sie bedeutete Revolution Macht. ... Nachdem sich das Volk am 9. und 10. Juni erhoben hatte, fühlte sich diese Klasse bedroht, und begann daran zu denken, das Kommando zu übernehmen." In dieser Rede betonte Nasser auch, daß "es eine Klasse von Offizieren gab, die sich selbst als die natürlichen Erben des Regimes ansahen", die glaubten, es sei ihre Mission, das Schicksal des Landes und der Revolution zu entscheiden. (Polityka, vom 24.2.1968)

Die militärische Bürokratie, von der Nasser sprach, ist keine Klasse im marxistischen Sinn des Wortes, sondern lediglich eine soziale Schicht, ein konstituierendes Bestandteil der neuen Schicht von Privilegierten, die sich nach der Revolution von 1952 in Ägypten gebildet hatte. Bei der "neuen Revolution" handelt es sich um einen Kampf gegen diese Schicht, nämlich gegen die verbürgerlichte zivile und militärische Bürokratie, die bis zu einem gewissen Grade mit dem privaten Sektor fusioniert hat.

+++

Das dritte und letzte Kapitel dieser Analyse folgt in der nächsten Nummer des AIB.

(Quelle: African Communist, Nr. 41, 1970, S.22-40)

In den Nummern 1, 2 und 3 1971 brachten wir u.a. :

Chile, Luis Corvalan: Die Chance des Sieges

Brasilien, Resolution der KP Brasiliens gegen den Faschismus

Peru, L.S.Santisteban: Militärregierung aber sozial und antiimperialistisch

Syrien, Interview mit Khaled Bagdache

Indien, Der Kampf um den Boden

Indochina, Kriegsverbrechen der USA gegen die DRV; chemische Kriegführung der USA in Südvietnam; Kommuniqué Nr.1 des Kommandos der laotischen Befreiungsfront

VR Kongo, Interviews mit N'Gouabi, N'Dalla, N'Ze und Diawara

Zimbabwe, ZAPU im Kampf gegen Rhodesien
Rep.Guinea, Aussage von Leutnant Lopes